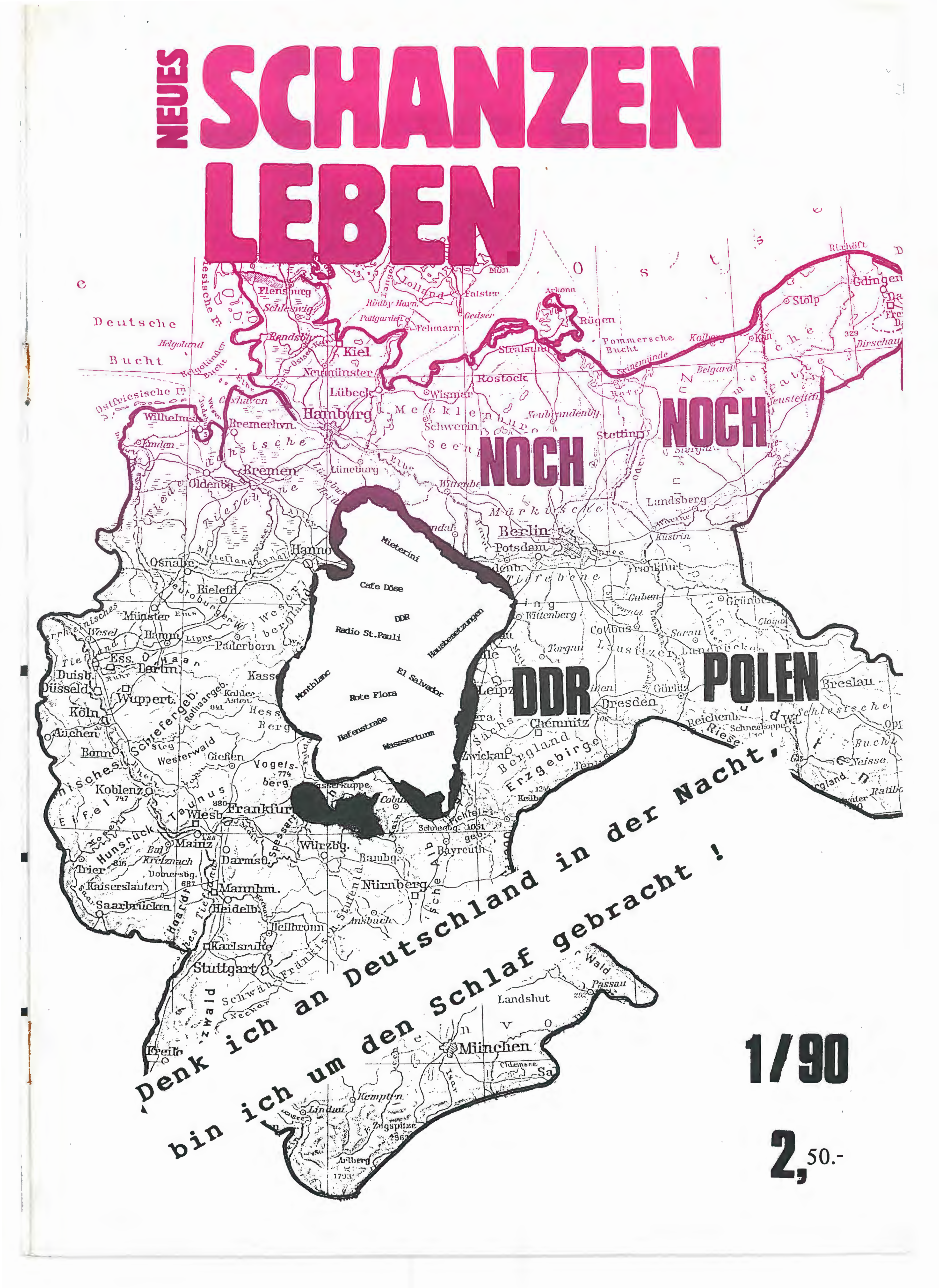

NEUES
SCHANZEN
LEBEN
NOCH
NOCH
DDR
POLEN
Mieterini
Cafe Döse
DDR
Radio St.Pauli
Hausbesetzungen
El Salvador
Montblanc
Rote Flora
Hafenstraße
Wassserturm
Denk ich an Deutschland in der Nacht,
bin ich um den Schlaf gebracht !
1/90
2,50.-

Wir über uns!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Das letzte Jahr war ein beschissenes Jahr für die Zeitung. Eine Ausgabe im September, eine ziehmlich magere Ausbeute, obwohl doch '88 mit 10 Ausgaben ganz gut war. Warum also diese Krise? Ursprünglich wollten wir uns ab Dezember'88 Zeit nehmen, um uns mal wieder über einige Standpunkte klar zu werden. Diese Punkte waren:

- Inhalte der Zeitung
- Redaktionelle Bearbeitung von Artikeln
- Lay-out

Diskussionen in der Gruppe und gemeinsames Schreiben von Artikeln sollte realisiert werden, Schwerpunkte für die Zeitung gesetzt werden. In unseren Diskussionen sollten Standpunkte entwickelt werden, die sich in der Zeitung widerspiegeln. Inhalte waren z. B. die Fragen, ob als neue MitarbeiterInnen nur Frauen aufgenommen werden, ob offene Stadtteilzeitung oder underground-Blättchen, Beteiligung und Rückmeldung der Leserschaft usw.. Gewiß, der Ansatz war nicht schlecht, das Ergebnis um so mehr. Dieser sinnstiftende Erkenntnisprozeß endete in einer Identitätskrise mit drohendem 1. Klasse Begräbnis. Waren am Anfang noch viele bei der Diskussion dabei, so flaute das Interesse doch mit der Zeit erheblich ab und die Hälfte der Belegschaft war abgebaut, was einige bleibende und schmerzliche Lücken riß. Die fehlende Vorbereitung auf Diskussionen, das vorherrschende Desinteresse an " Theoriediskussionen", persöhnliche Gefühle und Perspektivlosigkeit sind zwar szenetypisch, aber für das Ergebnis, den Fastzusammenbruch der Zeitung irrelevant. Die, die übrigblieben, sahen sich mangels Masse und Motivation nicht in der Lage, etwas auf die Beine zu stellen und verkamen zu einer Klönrunde mit allerbesten Kneipenkenntnissen.

IMPRESSUM:

V.i.S.d.P.:
R. Flora
Leninallee 43
DDR-2251 Rostock 20

NEUES SCHANZENLEBEN
c/o Die Druckerei
Schanzenstr. 59
2000 Hamburg 6

So war der Status Quo Ende November. Schließlich stellte sich doch die existenzielle Frage für uns: Geben wir den Löffel ab oder entscheiden wir uns nochmal, alle vorhandenen Energien aufzubringen und weiterzumachen.
Wir haben uns für letzteres entschieden, allerdings müssen wir vorerst aus unterschiedlichen Gründen einige von unseren formulierten Ansprüchen zurückschrauben. Aber was wir auf jeden Fall schon jetzt wollen, ist eine lebendige Zeitung.
Da uns aber einige Kontakte flöten gegangen sind, haben wir uns erstmal mit diversen politisch arbeitenden Gruppen und Initiativen getroffen. Erfreuliche Resultate dieser Zusammenarbeit haben sich bereits in dieser Ausgabe niedergeschlagen (s. Wasserturm, Radio St. Pauli, Flora-Park etc.). Zu einer lebendigen Zeitung gehört aber auch daß kräftig gestritten werden muß bzw. unterschiedliche Positionen öffentlich zum Ausdruck kommen. Wie gut oder wie schlecht das klappt, das hängt nicht nur von uns ab.

Tja, liebe Leute: LeserInnenbriefe, Artikel von euch sind gefordert. Nun glauben wir aber nicht, daß sich das sofort realisieren läßt, was jahrelang nicht klappte. Wir erwarten keine professionellen, lietrarischen oder wissenschaftlichen Artikel, sondern neben Selbstbezichtigungsschreiben auch konstruktive Kritik sowie Stimmungsbilder, viel Meinungsmache, Thesen und Temperamente.
Um euch den Zugang zur Zeitung zu erleichtern, werden wir in nächster Zeit in der Roten Flora und im Café Frau Döse Briefkästen aufstellen, wo ihr eure journalistischen Gehversuche hinterlassen könnt (neben unserer Postadresse).
Wir beabsichtigen, alle 6 Wochen zu erscheinen, sprich in der ersten Februarwoche ist der nächste Redaktionsschluß.
Also, haut - ist Tango.

P.S.: Da diese Ausgabe etwas dicker ist müssen wir diesmal etwas teurer werden. Aber wie sagt der Volksmund: Qualität, in diesem Fall auch Quantität, hat ihren Preis.



We proudly present :

MIETER/INNEN - INITIATIVE SCHULTERBLATT

Über die Wohnungsnot zu informieren können wir uns sparen, denn jede/r kennt sie am eigenen Leib. Wir wissen von den 26.000 Obdachlosen in HH, von den 100.000 HamburgerInnen, die eine Wohnung suchen, von den hunderten von leerstehenden Wohnungen, wir wissn von der Vertreibung von MieterInnendurch die Umwandlung ihrer Wohnungen in Eigentumswohnungen oder auf Grund von Modernisierungen und horrenden Mietsteigerungen - denn wir sind diejenigen, die in der Schlange bei Wohnungsbesichtigunen stehen und sich die Frechheiten der Markler bieten lassen müssen, wir sind diejenigen, die teilweise die Hälfte ihres Einkommens für Miete abdrücken müssen, wir sind diejenigen, die aus den Wohnungen rausfliegen und wir sind diejenigen, die in kaputten Wohnungen leben, weil Vermieter zu geizig sind für die notwendigen Instandsetzungen sind. Und wir sind diejenigen, denen es schon seit langem langt und wir wollen anfangen, uns dagegen zur Wehr zu setzen.

DIE MIETER/INNEN-INITIATIVE SCHULTERBLATT LEBT WIEDER UND WIR SIND OFFFN FÜR ALLE NACHBAR/INNEN, DENEN ES GENAUSO GEHT !

Mit ein Grund für die verfahrene Situation ist unsere Vereinzelung, keine/r weiß von/vom anderen, was es Leuten wie Conle, Uthoff, Groenewoldt und wie sie alle heißen so wunderbar einfach macht, uns einzeln über den Tresen zu ziehen.

Deswegen haben wir uns als erstes vorgenommen, Licht in dieses Dunkel zu bringen: wem gehörn die Häuser und welche Markler treiben ihr Unwesen hier, wo sollen MieterInnen wegen Umwandlung in Eigentumswohnungen rausfliegen, wo werden schon überall Wuchermieten bezahlt, welche Häuser werden gezielt verfallen gelassen oder aber luxusmoderniesiert, um dann vielleicht das Doppelte an Miete zu kassieren? Klar, denn erst wenn wir alle hier im Viertel mehr voneinander wissen, können wir versuchen, uns gemeinsam gegen diese Vermietermafia zu wehren. Beteiligt euch deswegen bitte an der anlaufenden und hier abgedruckten Umfrage, deren Ergebnisse wir sobald als möglich veröffentlichen werden. Doch dabei können wir's nicht belassen.

Wir müssen mehr wissen; z.B. wer sind diese Vermieter eigentlich, wo bleibt unser ganzes Geld, was wir an Miete bezahlen und was planen sie mit uns? Aber um uns auch endlich mal gegen sie gerade machen zu können, wollen wir Kontakte zu anderen MieterInnen, denen es schon mal gelungen ist, sich gemeinsam gegen Mieterhöhungen, Rausschmiß oder kaputte Wohnungen zu wehren oder sogar die Miete auf ein "berechtigtes Maß" zu verringern. Denn aus den Erfahrungen anderer können wir nur lernen und selber neue Ideen entwickeln.

Dabei stoßen wir allerdings auf ein Problem, denn was heißt eigentlich, "berechtigtes Maß"? (denn daß die Mieten schon jetzt viel zu hoch sind, ist doch klar!). Um da endlich mal zu gemeinsamen Forderungen zu kommen, sollten wir uns mal schlau machen, was mit unseren Mieten eigentlich passiert und ob das alles noch so korrekt ist. Und überhaupt - wie sieht`s eigentlich in der Nachbarschaft aus, in St. Pauli, im Karo-Viertel, in Ottensen, in Eimsbüttel - auch alles Sanierungsviertel wie hier. Wer saniert sich da eigentlich auf wessen Kosten? Der Senat will die Viertel neu machen. Dafür wurde eigens eine private Gesellschaft gegründet (STEG), auf daß dies schneller und effektiver geschehe.

Neu machen, chic machen, teuer machen und rausmachen, und zwar diejenigen, die dies nicht mehr bezahlen können. In dieses Getriebe gehört mal ne gehörige Portion Sand. Also Laßt uns gemeinsam die Hausversammlungen organisieren, auf die Straße gehen, wenn's was laut zu sagen gilt, bei Wohnungsbesichtigungen mit den Marklern mal Klartext schnacken und überhaupt gemeinsam all das angehen, was wir uns immer mal erträumt, aber allein nie getraut haben.

Jeden Mittwoch um 20.00 im Oelkerscafe.

Jetzt noch kurz ein Beispiel, das ruhig Schule machen sollte. Ein Beispiel, wie sich Bewohner dieses Stadtteils erfolgreich gegen den Verkauf von Häusern hier im Viertel und überall wehren können, um nicht selbst Objekt der Spekulation und des Verschacherns ihres Wohnraumes zu werden. Der Besitzer des Mietshauses Bartelsstr. 10, incl. Cafe Döse, der seit längerem Versuche unternommen hatte, dieses Haus zu verkaufen, traf sich an einem Samstagmorgen mit einem möglichen Interessenten vor eben diesem Haus. Doch das bekamen auch Bewohner des Viertels mit und wollten auch den Verhandlungen beiwohnen. Die Verhandlungspartner fühlten sich ihrerseits von der ca. 12-köpfigen Anwohnerdelegation, die sich dieses Schauspiel modernen Geschäftemachens mal näher ansehen wollten, derartig gestört, daß sie sich unverrichteter Dinge wieder trennen mußten. Dem besonnen Verhalten der Anwohner muß dabei noch ein besonderes Lob ausgesprochen werden, denn sie haben sich nicht von dem entrüsteten und streitlustigen Spekulanten (Format: eigene Baufirma, selbst hochgearbeitet etc.) provozieren lassen. Nach heftigen Flüchen usw. fuhr dann aber doch, unter großem Beifall der Anwohner, der Spekulant wieder ab.



Bogen im Cafe Döse oder Oelkerscafe abgeben!!!

Straße, Hausnummer

Alles was die aktuelle Miete betrifft

Alles was die Wohnung betrifft

Entwicklungen der letzten Zeit

Anlagen

Zeichen des Interviewers

Eigentümer, Adresse, Telefon, Beruf

Verwalter, Adresse, Telefon

Makler, Maklerbüro, Adresse, Telefon

Datum der Angaben

SCHANZENPARK – im Frühjahr Großbaustelle ?

Die Hamburger Wasserwerke, der Bezirk Eimsbüttel und der Senat versuchen wieder einmal, den Wasserturm im Sternschanzenpark endgültig zu verscherbeln. Möglichst noch im Januar soll die Entscheidung getroffen werden. Wenn wir nichts tun, könnten schon in diesem Frühjahr oder Sommer die Bagger im Park stehen...
Die Wasserturm-Initiative, die sich seit Sommer 1988 mit dem Turm beschäftigt, versucht im folgenden Artikel, das Informationswirrwarr zu ordnen und eine Einschätzung der jetzigen Situation zu geben.

I. Bisherige Situation

Der Wasserturm steht 30 Jahren leer, die Wasserwerke versuchen seit fast ebensolanger Zeit, ihn loszuschlagen. Und immer war das öffentliche Interesse für den Turm groß; wegen seiner zentralen Lage, seiner prägnanten Silhouette und wegen seines Innenlebens: Im Wasserturm befinden sich noch immer die alten riesigen Wasserkessel, die die eigentliche architektonische Besonderheit des Bauwerks ausmachen.

Der Hauptgrund dafür, warum es der Eigentümerin, den Hamburger Wasserwerken (HWW) (bisher) nicht gelang, den Turm loszuwerden, ist das **finanzielle Ausmaß** einer Nutzungsänderung:

Der Wasserturm selbst ist zwar praktisch umsonst zu haben. Da ihn die Wasserwerke aber über Jahre hinweg haben verfallen lassen, ist jetzt eine Sanierung von erheblichem Umfang erforderlich. Die Kosten allein dafür, den Turm instandzusetzen, betragen ca. fünf Millionen Mark.

Trotzdem war dies als alleinige Hürde kein Hinderungsgrund, eine/n Interessentin/en zu finden. Die exponierte Lage und sein großes Volumen lockten immer wieder Investoren an, die mit dem Turm das große Geld machen wollten. (Andere Nutzungen als sich selbst finanzierende wurden bisher vom Bezirk und dem Senat ausgeschlossen.) Zuletzt war es Manfred Milz, der 1988 den Turm zu einem High-Tech-Zentrum umbauen lassen wollte.
Doch jeder Versuch, den Turm umzubauen, scheiterte. Zum einen am Bezirk Eimsbüttel, der sich bislang gegen rein kommerzielle Nutzungen aussprach (so wurde in den 70er Jahren ein entsprechendes Konzept der Architekten Schiefler & Denker abgelehnt). Zum anderen an der Bevölkerung, die zuletzt 1982 den Plan der HWW vereitelte, den Turm zu einem Verwaltungszentrum der Wasserwerke umzubauen.

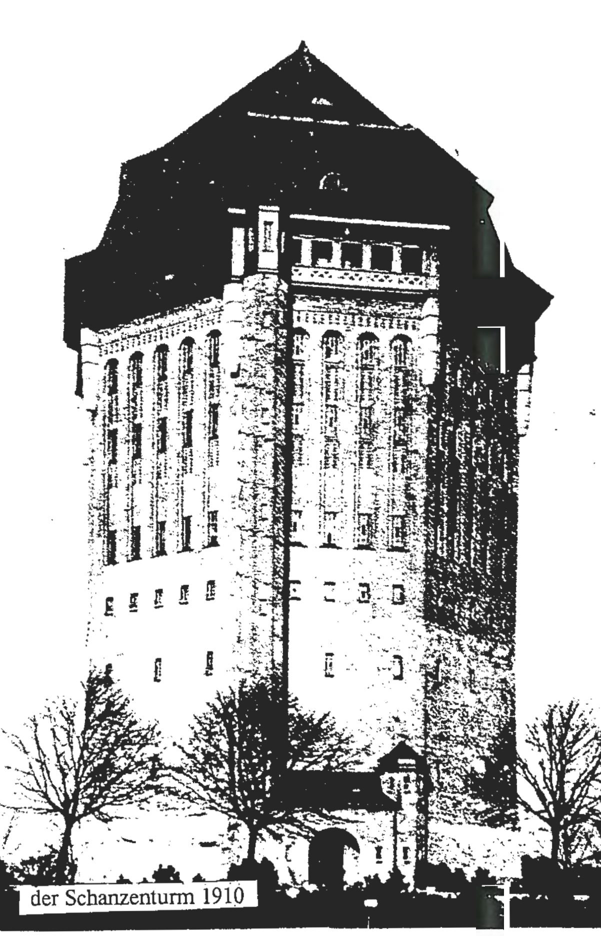
Doch die Verhinderung einer Nutzungsänderung des Turm bewirkte auch, daß der Wasserturm mit der Zeit aus den Köpfen der Leute verschwunden ist, eben wegen der jahrelangen erfolglosen Versuche, ihn umzubauen. Er steht eben da und warum sollte er nicht stehen bleiben?

Das langsame Verschwinden des Wasserturms von der politischen Bildfläche konnten auch wir, die Wasserturminitiative, nicht aufhalten. Zwar war die Initiative mit ihren Theaterstücken gerngesehener Gast bei allen möglichen Veranstaltungen im Schanzenviertel, doch die politische Brisanz des Themas konnte in der Vergangenheit nicht vermittelt werden.

II. Aktuelle Situation

Daran hat sich auch heute nicht viel geändert:

- Die bundesweite Ausschreibung der HWW, mit der InvestorInnen gesucht werden sollten, ist mittlerweile abgeschlossen. Gefordert waren ausschließlich Konzepte, die sich selbst finanziell tragen können.
- Die 15 Einsendungen (siehe Kasten) wurden im Dezember 1989 von einer Sichtungskommision begutachtet (bestehend aus VertreterInnen des Bezirks, den Parteien und den Wasserwerken).
- Noch im Januar soll das Ganze möglichst schnell und ohne viel Aufsehen über die Bühne gehen. Die eingegangenen Konzepte werden ab dem 11. Januar voraussichtlich eine ganze Woche im Haus für Alle, Amandastr. 59, ausgestellt. Danach soll im öffentlichen "Koordinierungsausschuß Wasserturm" in zwei Sitzungen ein "Stimmungsbild" erstellt werden. Am 16. Januar ab 18 Uhr sollen die Konzepte dem Ausschuß (wieder im Haus für Alle) vorgestellt werden. Da für diesen Tag auch eine stärkere Bevölkerungsbeteiligung erwartet wird, soll sich der Ausschuß zwei Wochen später noch einmal treffen, um die Konzepte mit einem geringeren Anteil der lästigen Öffentlichkeit zu diskutieren. Entscheidungsbefugnisse besitzt dieser Ausschuß natürlich nicht; die eigentliche Entscheidung soll kurz danach vom Bezirk bzw. vom Senat im Einvernehmen mit den Wasserwerken gefällt werden.


der Schanzenturm 1910

Die Lage ist also mehr als ernst. Es sieht so aus, als ob der bauliche Zustand des Turmes der politischen Stärke derjenigen entspricht, die gegen eine kommerzielle Nutzung kämpfen. Wie das berühmte Kaninchen vor der Schlange wurde der bisherigen Entwicklung im wesentlichen nur zugesehen. Es wurde zwar immer davon geredet, den Turm doch "im Gesamtzusammenhang mit anderen Projekten und der städtischen Sanierungspolitik überhaupt" zu sehen, dieses wurde aber nicht praktisch umgesetzt. Eine wesentliche Schwierigkeit war auch, daß wir als Initiative ein eigenes Nutzungskonzept bislang nicht entwickeln konnten und **wollten**, um keine Konkurrenzsituation zur Flora zu haben.
Sogesehen war die Einrichtung des Koordinierungsausschusses, mit dem die Behörden auf die Verhinderung des Kommerz-Musicals in der Flora reagierten, insgesamt bis jetzt ein voller Erfolg: Der Widerstand wurde kanalisiert und befriedigt, die Menschen ruhiggestellt.

III. Weitere Aspekte zur Einschätzung der aktuellen Situation

1. Nicht alle politischen Instanzen bzw. Institutionen , die an einer Entscheidung beteiligt sind, wollen ein knallhartes Umstrukturierungs- bzw. Großprojekt. Dies ist auf Bezirksebene z.T. der Fall und könnte zu einem Konflikt zwischen Senat und Bezirk führen, bei diesem Konflikt hat natürlich traditionell der Bezirk die schlechteren Karten.

2. Die Geschichte der Flora sitzt den PolitikerInnen noch immer in den Knochen, dies führt zu Vorbehalten gegen Projekte wie die von Milz. Insgesamt muß aber gesagt werden, daß damit noch nichts gewonnen ist, denn Projekte wie das Museum für Graphik von Vogel werden mittlerweile selbst im Bezirk als "akzeptabel" eingestuft.

Die 15 eingereichten Konzepte:

Nr. 1: Schwimmbad
(Delme Grundbesitz- und Beteiligungsaktiengesellschaft)
Der Gesamte Turm soll für 20 Mio. DM zu einem Schwimmbad umgebaut werden. Das Konzept wird wirtschaftlich ab 700 BesucherInnen täglich...

Nr. 2: Hotel
(Maritim Hotelgesellschaft)
Der Turm soll für 17,5 Mio. DM vollständig entkernt und in ein Hotel umgebaut werden. Die "Offentliche Nutzung" besteht aus einem Milbenmuseum (!) im Erdgeschoß.

Nr. 3: Umweltturm
(Umweltforum Sternschanze e.V.)
Dieses von BewohnerInnen des Schröderstifts vorgelegte Konzept umfaßt ein Umweltforum, ein Begegnungszentrum mit Kongreßbereich, ein Thermalbad, ein Schwimmbad und ein Restaurant. Es liegt keine Finanzierung vor.

Nr. 4: "Hamburger Wasserkunst"
(Carsten Witt)
Discothek, Theater, Veranstaltungen, Banksafevermietung (!), Läden, Büros, Cafés. "Windkonverterturm" im Park zur Energiegewinnung. Kosten: 19 Mio. DM. Keine Finanzierung.

Nr. 5: Hotel mit Stapelgarage
(idea GmbH Offenbach)
Wohl für Leute, die ihr Auto mit in's Bett nehmen wollen: Eine "Stapelgarage" ganz im Inneren des Turms, drum herum das Hotel. Vollständige Entkernung dse Gebäudes, direkte Hotelauffahrt und Garagenzufahrt durch den Park, Anbau im Eingangsbereich. Kosten: 40 Mio. DM

Nr. 6: Ateliers und Studentenwohnheim
(Berg, Buse mit M e d i u m)
Restauration und Ausstellung, Museum, Ateliers und 90 Studentenwohnungen. Die Kessel sollen erhalten bleiben.

Nr. 7: "Stadtteilbezogenes ökologisches Zentrum"
(Riggers)
Büros für "Medien aus dem Bereich der Okologie", Ateliers für Medienbereich, Öko-Markt, Café, Beratungszentrum, Museum. Die Kessel sollen erhalten bleiben.

Nr. 8: High-Tech-Turm
(Manfred Milz)
Im seinem zweiten Anlauf versucht Manfred Milz, den Wasserturm zu einem Zentrum für "zukunftsorientierte Kommunikationsbranchen" zu machen. Die öffentliche Nutzung soll durch ein "Museum of Modern Art" gewährleistet sein. In seinen Berechnungen geht Milz davon aus, bescheidene 160.000 DM Gewinn im Monat einzustreichen...

Nr. 9: Studentenwohnheim
(Gesellschaft zur Förderung des Bestands erhaltenswerter Bauten mbH)
Schon für 16,50 DM pro m² soll es "billige" Studentenwohnungen geben. Die dabei veranschlagten 11 Mio. DM Baukosten erscheinen aber als erheblich zu gering angesetzt. Der Turm soll vollständig entkernt werden.

Nr. 10: Studentenwohnheim
(Ziegert)
Das zweite Wohnheim will doppelt soviele StudentInnen wie das letzte Konzept bei ähnlich hoher Miete unterbringen, ganze 294 Wohnungen sind veranschlagt. Die geplante Höhe der Zimmer liegt dann allerdings mit 2,40 Meter selbst unter der für den sozialen Wohnungsbau vorgeschriebenen Höhe...

Nr. 11: Stadtteil- und Medienzentrum
(Projektgruppe Wasserturm Sternschanze)
Ein Kessel soll raus, dafür gibt's ein Medienzentrum, Studios und Ateliers, ein "Stadtteilzentrum" mit Restaurant und Musikübungsräumen. "Leider" keine Finanzierung.

Nr. 12: Hotel
(Büge, Netzer, Wiesel)
Der Turm soll vollständig entkernt werden, dafür ein nobles Hotel mit Suiten rein. "Öffentliche Nutzung"? Ach ja, ein "Museum für Wassertechnik" und acht (!!!) Appartments sollen noch für Aussiedler oder Studenten hergerichtet werden.

Nr. 13: Museum für Zeitgenössische Kunst
(Prof. Carl Vogel)
Da kein Museum die sehr umfangreiche Sammlung von Graphiken des ehemaligen HfbK-Präsidenten aufnehmen will, möchte er ein eigenes bauen. Geld hat er noch nicht genug, die Stadt soll ihm den Umbau bezahlen; dafür will er seine und seiner Frau Bilder stiften.

Nr. 14: Hotel
(Storr)
Hotel, Restaurant, Mehrzweckhalle, Museum, Thermalbad. Ein Kessel soll raus, die Gemeinbedarfseinrichtungen sollen über die Bäder- und Hotelnutzung mitfinanziert werden.

Nr. 15: Hotel
(Ursula Legge-Suwelack)
Vollständige Entkernung, starke Eingriffe in die Parkfläche, Tiefgarage, Anbau für Verwaltung. Keine "Öffentliche Nutzung".

3. Wie sind nun die 15 Nutzungsvorschläge zu bewerten?

Als erstes ist festzustellen, daß es kein Konzept gibt, daß in Zusammenarbeit mit den BewohnerInnen der angrenzenden Stadtteile entwickelt wurde, das also "von unten" kommt. **Daß ein "eigenes" Konzept entwickelt wird, ist auch kurz- und mittelfristig nicht zu erwarten.**
Nun muß eine Nutzung ja nicht unbedingt aus dem Stadtteil kommen, doch die 15 Konzeptentwürfe der bundesweiten Ausschreibung sind nicht gerade vielversprechend:

Zur Einschätzung dieser Konzepte ist zu sagen, daß sie keinesfalls gleichberechtigt "ins Rennen" gehen: Der größte Teil der Konzepte erfüllt die Anforderungen der Ausschreibung nicht. Entweder die Finanzierung ist nicht gesichert (Konzepte Nr. 3, 4, 11), die baulichen Veränderungen an Turm oder Park sind zu erheblich (Konzepte Nr. 1, 15) oder der Anteil an "kommerzieller Nutzung" ist zu groß (Konzepte Nr. 1, 2, 4, 5, 7, 9, 10, 12, 15). Diese letzte (für die HWW sicher sehr bedauerliche) Auflage war notwendig, weil für das Gelände des Parks kein Bebauungsplan existiert; auf dem noch gültigen Baustufenplan ist der Turm jedoch als Grünfläche eingezeichnet. Das Baugesetz schreibt nun vor, daß in einem solchen Fall eine Nutzung von "öffentlichem Interesse" sein muß, also z.B. keine reine Büronutzung sein darf. Dazu später mehr.



Es bleiben also nur noch vier Konzepte übrig:

- Das Atelier / Studentenwohnheim (Nr. 6), daß u.a. wegen des Erhalts der Kessel vom Denkmalschutzamt favorisiert wird.

- Das Konzept Nr. 14 mit Hotelnutzung, Restaurant, Mehrzweckhalle, Museum und Thermalbad, das im Betrieb die "Gemeinbedarfseinrichtungen" über Bäder- und Hotelnutzung mitfinanziert.

- Carl Vogels Graphik-Museum, daß zwar keine Finanzierung aufweist, aber von Senat bis zum Bezirk beliebäugelt wird.

- Der "Creative Tower II" von Manfred Milz, der eine gesichterte Finanzierung aufweist, wegen des Museums den Stempel "in öffentlichem Interesse" bekommt und der, weil dem Herrn Milz noch keine Ideen gekommen sind, was für ein Museum denn zu den High-Tech-Firmen paßt, potentiell Kombinationsmöglichkeiten mit anderen Museumskonzepten zuläßt.

Die ersten beiden der vier Konzepte unterscheiden sich insofern von den anderen, daß sie das Innenleben des Turm zumindest teilweise erhalten wollen, bei dem Grafik-Museum und bei dem Milz-Konzept soll der Turm vollständig entkernt werden.
Wegen der Unterschiedlichkeit der Konzepte haben wir auch die Möglichkeit diskutiert, eventuell auf eins der Konzepte "aufzuspringen", zu versuchen, die Ausgestaltung der "Öffentlichen Nutzung" zu beeinflussen und ein Konzept möglichst erträglich zu gestalten. Die Argumente dafür waren, daß

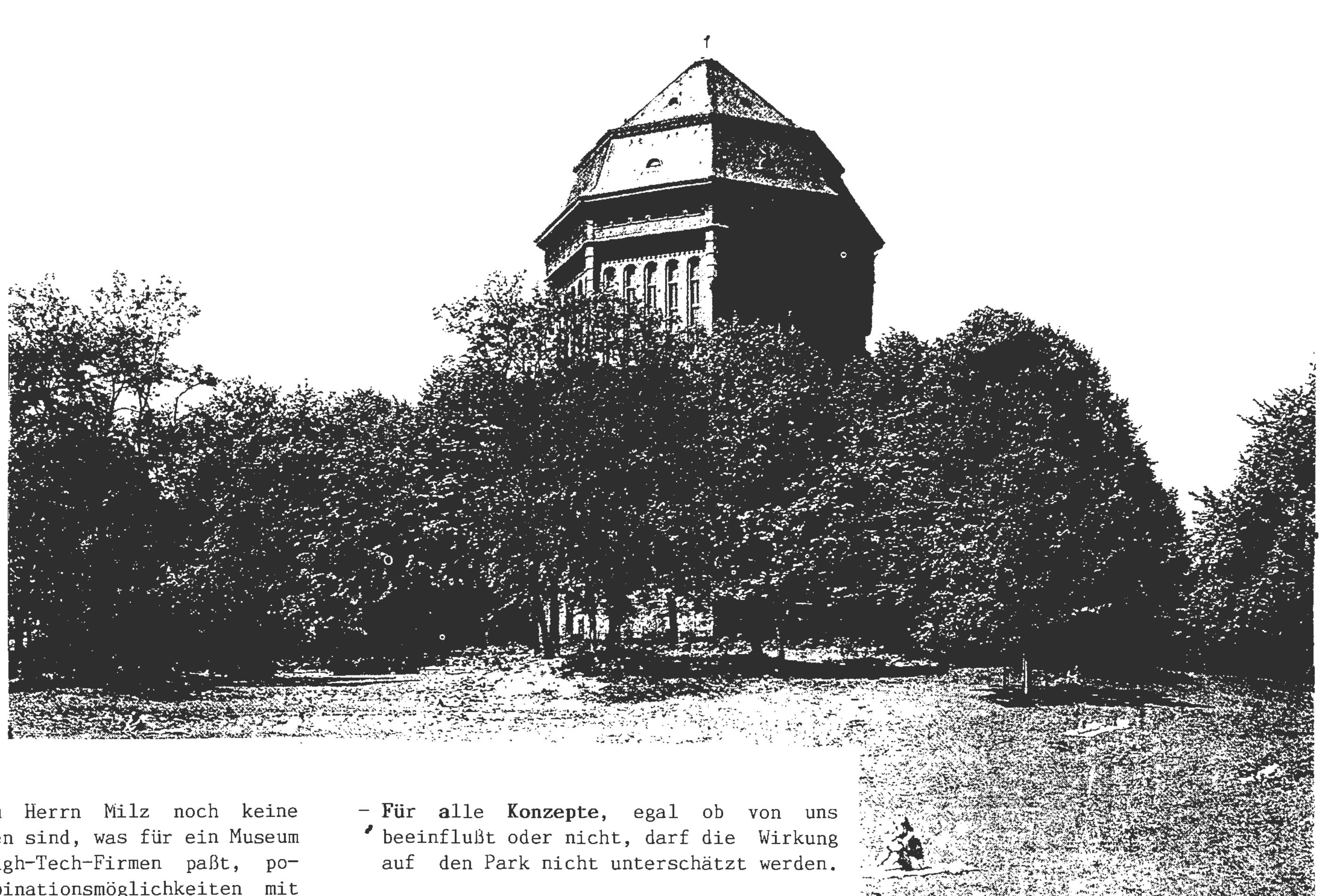
- "das Schlimmste verhindert wird", also Kommerz-Projekte wie die von Milz ausgebootet werden könnten,
- die Kessel bei einer Nutzung nicht herausgerissen werden, sondern erhalten bleiben,

- der Turm vor dem Verfall bewahrt wird,
- neue Räume für den Stadtteil geschaffen werden könnten.

Diese Vorgehensweise birgt unserer Meinung nach aber auch eine ganze Reihe von Gefahren:
- Es liegen keinerlei Ansätze für eine sinnvolle Veränderung der Konzepte vor und keines der Konzepte scheint überhaupt dafür geeignet zu sein. Der Hauptgrund dafür liegt im wesentlichen darin, daß jedes Konzept die Auflage besitzt, insgesamt wirtschaftlich zu sein, also die Umbaukosten und die laufenden Kosten selbst zu erwirtschaften.
- Wegen dieser Auflage ist auch nicht vorhersehbar, ob das jetzt "erkämpfte" Konzept z.B. in zehn Jahren tatsächlich noch in der ursprünglichen Form besteht. So kann eine unvorhergesehene Steigerung der Baukosten dazu führen, das ein größerer Anteil an kommerzieller Nutzung erforderlich wäre, und wer kümmert sich in fünf Jahren noch um die Auflagen der jetzigen Ausschreibung?

- **Für alle Konzepte**, egal ob von uns beeinflußt oder nicht, darf die Wirkung auf den Park nicht unterschätzt werden.

  Jedes vorliegende Nutzungskonzept hat hier ganz erhebliche negative Auswirkungen. In allen Fällen wird die Nutzung des Parks massiv beeinträchtigt, gerade bei Wohn- oder Hotelnutzungen.
- Durch den bei vielen Konzepten (zumindest teilweisen) Ausbau der Kessel verliert der Wasserturm nicht nur seinen eigentlichen Reiz, auch wird gleichzeitig der Weg geebnet, den Turm in späteren Jahren vollständig anders zu nutzen, z.B. wenn dem Museum das Geld ausgeht.
- Schon jetzt würde eine Umnutzung bei allen aussichtsreichen Konzepten zu einer erheblichen "Aufwertung und Attraktivitätssteigerung" (im Sinne der städtischen Sanierungspolitik) der den Park umgebenden Stadtteile führen.



IV. Fazit

Es muß festgehalten werden, daß bei jeglicher Umnutzung des Turms bei allen vorliegenden Konzepten die negativen Auswirkungen bei weitem die positiven Folgen überwiegen.

Es gibt keine "einigermaßen akzeptable Lösung". Die einzigen maßgebenden Auflagen der Ausschreibung sind die zur Wirtschaftlichkeit: Jedes Konzept muß sich selbst tragen. Die Auflage "Öffentliche Nutzung im weitesten Sinne" ist beliebig dehnbar, je nachdem, ob ein Konzept den Entscheidungsinstanzen gefällt oder nicht, werden öffentliche Nutzungsmöglichkeiten attestiert. Die unglaubliche Dreistigkeit einiger Konzeptvorschläge zeigt dies nur zu deutlich. Somit reihen sich der Koordinierungsausschuß und seine Kriterien nahtlos in das Städtische Sanierungskonzept ein. Diese Sanierungspolitik orientiert sich ganz überwiegend an den Interessen der Unternehmen und an denen, die das Geld besitzen. Die hier wohnende Bevölkerung bleibt auf der Strecke.
Zum jetzigen Zeitpunkt muß unsere einzige Forderung deshalb sein, jegliche Umnutzung des Turmes zu verhindern!

So schlecht stehen unsere Chancen dabei auch gar nicht, denn:

- Die Planungen sind noch nicht abgeschlossen, die Bagger sind noch nicht im Park! Folglich ist die

- Chance für **breiten Widerstand** ähnlich wie bei der Flora noch nicht vertan:

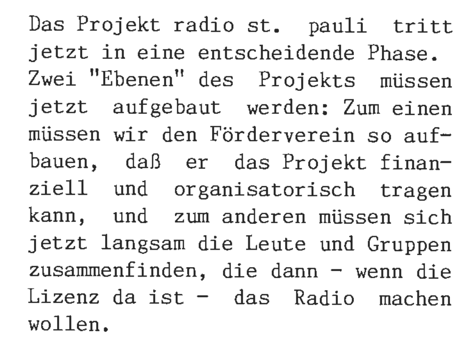
  15.1. Veranstaltung Wasserturmini in der Flora, 20 Uhr
  16.1. Koordinierungsausschuß im Haus für Alle, 18 Uhr
  30.1. (?) Koordinierungsausschuß im Haus für Alle, 18 Uhr

- Das Ziel der vielfältigen Aktionen: Die Forderung nach Instandsetzung des Turms durchsetzen. Eine Nutzung zum jetzigen Zeitpunkt verhindern. Erst wenn dies erreicht ist, sind "eigene" Nutzungsüberlegungen sinnvoll.

Radio St. Pauli - jetzt wird`s e r n s t ernst

Wahrscheinlich noch im März '90 wird die Medienanstalt HAM (Hamburgische Anstalt für Neue Medien) die Radiofrequenz 97,1 neu ausschreiben. Auf dieser Frequenz hatte von Januar bis Juni 88 das sogenannte "KOmmunale RAdio" KORAH vorgeführt, daß es keinen Mittelweg zwischen Kommerzfunk und nichtkommerziellem Radio gibt. radio st. pauli wird sich jetzt um diese Frequenz bewerben, um in Hamburg ein nichtkommerzielles Radio aus den Stadtteilen aufzubauen; die äußeren Bedingungen dafür sind nicht die schlechtesten: Bisher hat kein anderer Bewerber öffentlich ein Konzept vorgelegt. Ob wir die Frequenz für ein Radio von unten durchsetzen können, liegt jetzt in erster Linie an unserer Stärke: Schaffen wir es, in den kommenden drei bis vier Monaten ausreichend zu mobilisieren und die Strukturen des Senders aufzubauen, oder schaffen wir es nicht?
Wir rufen euch daher auf: Diskutiert Freies Radio! Macht Sendungen! Unterstützt radio st. pauli! Werdet Mitglied und mobilisiert noch mehr Mitglieder! Spendet Kohle!





Das Projekt radio st. pauli tritt jetzt in eine entscheidende Phase. Zwei "Ebenen" des Projekts müssen jetzt aufgebaut werden: Zum einen müssen wir den Förderverein so aufbauen, daß er das Projekt finanziell und organisatorisch tragen kann, und zum anderen müssen sich jetzt langsam die Leute und Gruppen zusammenfinden, die dann - wenn die Lizenz da ist - das Radio machen wollen.

Zum ersten Punkt - Finanzierung:

Im nichtkommerziellen Radio gibt es keine Werbung. Es finanziert sich ausschließlich durch Beiträge der Menschen, die das Radio hören und machen. Dazu gibt es den Förderverein, in den möglichst viele Personen und Gruppen eintreten sollen. Wenn jedes Mitglied nur den Minimalstbeitrag von fünf Mark im Monat zahlt, dann bräuchten wir etwa 3000 Mitglieder, um die Finanzierung des Senders sicherzustellen (näheres zum Finanzkonzept in unserer Radio-Zeitung). Wir denken, daß diese Mitgliederzahl erreichbar ist; vergleichbare Radiosender (Freiburg, Zürich) haben das auch geschafft, und zwar in kleineren Städten als Hamburg. Allerdings ist es klar, daß es trotz allem Optimismus ein ganzes Stück Arbeit ist, so viele Mitglieder zu begeistern.
Ein entscheidender Punkt bei der Bewerbung um die Lizenz wird sein, öffentlich klarzumachen, daß das Projekt genügend große Unterstützung und der Förderverein genügend viele Mitglieder hat. Deshalb ist es entscheidend, daß jetzt, also vor der Bewerbung, schon möglichst viele Sympathisantinnen und Sympathisanten in den Förderverein eintreten. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, 500 bis 1000 Mitglieder schon vor der Bewerbung nachweisen zu können - das wäre dann schon eine ganze Menge, denn viele werden für das Radio natürlich erst zu begeistern sein, wenn es schon richtig sendet. Um aber überhaupt erst die Lizenz durchsetzen zu können, müssen wir schon vorher eine große Zahl an Mitgliedern haben! Daher haben wir festgelegt, daß die Mitgliedsbeiträge erst bei Lizenzvergabe fällig werden. Bis dahin kostet die Mitgliedschaft also nichts.

Zum zweiten Punkt - Programm:

Nichtkommerzielles Radio heißt auch, daß es keine professionelle Redaktion gibt: "Wir nehmen unser Radio selbst in die Hand." Zum einen werden sich Redaktionsgruppen im Radio bilden, die bestimmte feste Sendezeiten haben und regelmäßig bestimmte Sendungen machen (Infoblock - Redaktion, Musikredaktionen, Frauenredaktion, RadioCafe, Stadtteilredaktionen, Schwulenradio, Uniredaktion, Jugendradio,........).
Zum anderen werden Gruppen oder Initiativen feste Sendezeiten bekommen (einmal die Woche oder im Monat oder wie oft auch immer), die dann aus der Thematik heraus, mit der sie sich befassen, eine bestimmte Sendung machen. Wie stellen uns vor, daß das Radio als Kommunikationsapparat und gemeinsames Projekt der gesamten linken/emanzipativen Bewegung umso spannender und wichtiger sein wird, je breiter das Spektrum der beteiligten Gruppen und Initiativen ist. Grundkonsens: radio st. pauli steht gegen jede Art von Ausbeutung und Unterdrükkung, egal, aus welcher Ecke sie kommen mag: Faschismus, Sexismus, Rassismus, Imperialismus, Kapitalismus - müssen weg!

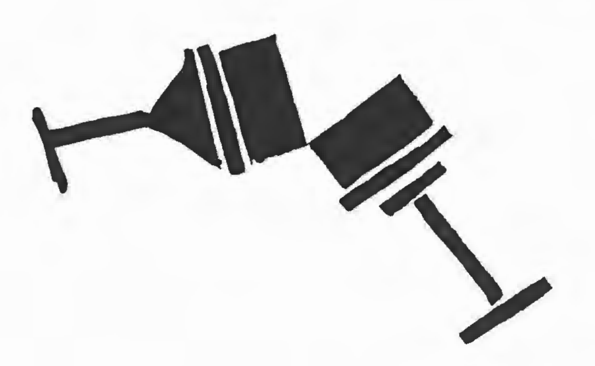
Es ist wichtig, daß sich jetzt in der entscheidenden Aufbauphase des Projekts bereits viele Menschen und Gruppen an der Diskussion um das Profil und die Ausgestaltung des Senders beteiligen. In diesem Zusammenhang stehen die Sendungen auf dem sogenannten "Offenen Kanal", der ab Januar 90 Montags bis Freitags von 17 bis 20 Uhr auf der Frequenz 97,1 sendet. (In hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft soll der "Offene Kanal" eine eigene Frequenz bekommen.)
Erfahrungsgemäß ist es das beste, einfach da das Radiomachen auszuprobieren - um zu sehen, ob Radio tatsächlich so eine großartige Sache ist, wie die radio - st - pauli - Initiative immer behauptet.

Ein weiterer wichtiger Punkt im Konzept des Senders ist der Stadtteilbezug. Das bedeutet zum einen, daß sich der Sender bei den Leuten im Stadtteil verankern soll: Es wird also eine wesentliche Rolle spielen, die Leute auf der Ebene des Stadtteils anzusprechen, sie zu informieren und einzuladen. Zum anderen schlägt sich Stadtteilarbeit natürlich in den Themen nieder: Soziale Lage im Stadtteil, wohnen, malochen, was wir hier für eine Geschichte und Kultur haben.



Stadtteilradio heißt also nicht "Berichte über den Stadtteil" sondern: Die Leute im Stadtteil machen Radio über ihre Angelegenheiten.
In diesem Zusammenhang steht unsere Idee vom RadioCafê. Das RadioCafê soll den Zugang zum Radio für die Leute im Stadtteil möglichst leicht machen, das Radio ist nicht verschlossen und versteckt in irgendeinem Betonbunker, sondern mittendrin und sofort erreichbar: Der Senderaum soll praktisch im Hinterzimmer eines Cafês sein, und ein Teil der Sendungen - Livediskussionen zum Beispiel - soll auch direkt aus dem Cafê gesendet werden.
Wir wünschen uns, diese Vorstellung zusammen mit der Initiative für das Stadtteilzentrum Rote Flora als Bestandteil des Zentrums umzusetzen. In der Hoffnung, daß wir beide Projekte, Radio und Zentrum, durchsetzen können, arbeiten wir daher im Floraplenum mit.
Noch ein schwieriger Punkt ist die Frage von Zensur und Legalität. Solange es Zensurgesetze gibt - und der 129 A ist nur einer davon - hat ein legales Medium bestimmte Grenzen. Das heißt: Es gibt Dinge, die auch auf radio st. pauli nicht (oder zumindest nicht direkt) gesagt werden können.

Nur: Die Illegalität bedeutet nicht wirklich Freiheit davon. Erstens sind bekanntlich auch Leute aus einem verdeckt arbeitenden Projekt nicht sicher vor einer Verurteilung, denn so verdeckt sind unsere verdeckten Strukturen meistens auch wieder nicht; und zweitens kann ein Untergrundsender auf Dauer niemals so offen und flexibel sein, wie ein Freies Stadtteilradio sein muß: Oder er wird seine Leute unverantwortlich gefährden.
Das Radio soll zu dem langwierigen Prozeß der Bewußtwerdung und Emanzipierung der Gesellschaft etwas beitragen: Daher muß es ohne konspirative Maßnahmen offen zugänglich sein, und es muß dauernd, jeden Tag zu hören sein.
Allerdings: Wir dürfen uns auch als legales Medium niemals verbieten lassen, über alles zu informieren und zu diskutieren - auch wenn das der "demokratische Rechtsstaat" kriminalisiert. Dagegen helfen aber sowieso viel besser eine starke, breite Organisierung und die Kraft, große Öffentlichkeit aus eigener Stärke heraus schaffen zu können als die Konspirativität.
(Übrigens: Spätestens, wenn es auf die Revolution zugeht, brauchen wir eh andere Freie Radios: Denn das erste, was die Pfeffersäcke dann machen, ist, radio st. pauli den Strom abzustellen.)





radio st. pauli -auf sendung!

tel 437716 thadenstr. 94 hamburg 50

Wenn ihr mehr wissen wollt, lest die Konzeptzeitung "radio st. pauli auf sendung" und das gelb - schwarze Faltblatt "radio st. pauli" oder kommt vorbei (Thadenstraße 94, InfoTreff Freitags 18 Uhr 30; Plenum jeden 1. Freitag im Monat, 20 Uhr). Zu dem Zeitpunkt, an dem die Frequenz ausgeschrieben wird, wollen wir in der "taz" den nebenstehenden Aufruf veröffentlichen - unterschrieben von möglichst vielen Menschen und Gruppen. Wir bitten euch, diesen Aufruf zu unterschreiben und an uns zu schicken.



AUFRUF

radio st. pauli auf sendung! 97,1 wird unser!

„Denn erst wenn du plötzlich verstehst, daß das, was die Lumpen im Radio reden und schreiben, gar nicht, wie es tut, vom Volk kommt fürs Volk, sondern ohne das Volk, als Säuseldunst gegen die Wut des Volkes, dann stehst du nicht mehr allein, dann senden sie dir keine Angst mehr ein, dann sind doch nur sie allein, gegen das Volk, nicht wir. Uns gibt man nur nicht den Sender. Den müssen wir uns erst noch holen." (aus: Wird Zeit, daß wir leben, von Christian Geissler)

Die Zeit ist reif für **radio st. pauli.**
Wir brauchen endlich ein nicht - kommerzielles, unabhängiges Radio aus den Stadtteilen -
UNSER RADIO !
Wir brauchen feministisches Radio.
Wir brauchen Schwulenradio.
Wir brauchen ein Radio der unabhängigen Kultur.
Wir brauchen subjektives, parteiisches Radio.
Wir brauchen das Radio des Widerstands.
Wir brauchen das Radio im Kampf gegen die Faschisten.
Wir brauchen das Radio der unterdrückten Musik.
Wir brauchen internationalistisches Radio.
Wir brauchen ein Radio als Waffe gegen Spekulanten und Wohnraumvernichtung.
Wir brauchen **radio st. pauli.**

Die Frequenz 97,1, die für gemeinnütziges Stadtteilradio vorgesehen ist, liegt seit über einem Jahr brach. Der Grund: Das von der "Hamburgischen Anstalt für Neue Medien" gewünschte "Zwei - Säulen - Modell" (kommerzieller Betrieb - gemeinnütziger Anbieter) ist mit Radio "KORAH" nach wenigen Monaten gescheitert.
"Gemeinnütziges" Radio kann nur nicht - kommerzielles Radio sein, das von denen getragen wird, die es brauchen. Daher beantragt **radio st. pauli** die Erteilung der Frequenz 97,1.

Ich unterstütze den Aufruf **"radio st. pauli auf sendung! 97,1 wird unser!"**

Name/Gruppe: ....

Beruf/Funktion: ....

Adresse: ....

Ich bin/wir sind mit der Veröffentlichung
des Namens einverstanden/Unterschrift ....

(Bitte zusammen mit dem Aufruftext an radio st. pauli, Pf. 30 63 37, 2/36

Ich trete dem 'Förderverein . . Radio St. Pauli' bei. Ich erkenne die Vereinssatzung an und will die satzungsgemäßen Zwecke des Vereins nach eigenen Möglichkeiten unterstützen.

Ich trete dem Verein ab .... bei. Name und Vorname: ....

Straße: .... Wohnort: ....

Jährlicher Mitgliedsbeitrag: .... Unterschrift: ....

Bürozeiten: Freitags 16.30 - 19.30, Offenes Treffen: Freitags 18.30 jeweils im Werkzeugpool, Thadenstraße 94, 2000 Hamburg 50
Bankverbindung: HASPA Blz. 20050550 Kontonr. 1211/120942 Anschrift: Postfach 306337 in 2000 Hamburg 36 Tel.: 437716

MONTBLANC - le dernier crie

Neues von Montblanc

Anfang Dezember wurde der Bauantrag für den MontBlancKomplex zwischen Bartels- und Schanzenstr, von den Architektenbüros "Planerkollektiv" und "Gemo" eingereicht.Die Eigentümerin und zukünftige Vermieterin ist die HaGG (Hamburger Gesellschaft für Gewerbebauförderung mbH), Unser Verhandlungs"partner" ist nach wie vor ihr jetziger Geschäftsführer Peter Jorzick. Die wichtigsten Verhandlungspunkte sind z.Zt. die Mietverträge der einzelnen NutzerInnengruppen und die Bildung eines MieterInnenvereins. Im November haben die Demontagearbeiten auf dem Gelände begonnen, voraussichtlicher Baubeginn wird im Frühjahr 90 sein. Nach Zusicherung von Jorzick wird die zukünftige Miete eine reine Kostenmiete sein. Sie soll auf jeden Fall unter 11 DM pro Ouadratmeter kalt liegen. Die Berechnung der Kostenmiete setzt sich zusammen aus einem Teil der Baukosten, der Abzahlung der Kredite plus Zinsen für den Hauskauf und den späteren laufenden Fixkosten. Natürlich ist es hier wie bei jedem anderen Besitzer-Mieterverhältnis auch: nach einer gewissen Anzahl von Jaheren haben die NutzerInnen der Besitzerin das Haus abbezahlt. Die Baukosten werden bis zu einem abgesprochenen - Mindeststandard von der HaGG vorfinanziert. Was darüber hinausgeht muß von jeder Gruppe selbst bezahlt werden, was für einige recht teuer wird. Von allen NutzerInnnengruppen gemeinsam wird ein Raum von ca. 120 qm finanziert werden. Dieser Raum soll für Stadtteilbezogene und andere Aktivitäten zur Verfügung stehen. Das Haus ist jetzt voll und folgende Gruppen werden einziehen:Volkshochschule, Rechtanwaltsbüro, Aktiv-Reisen, Hamburger Institut für Sozialgeschichte, Kneipe im Schanzenstrassenhaus, Filmgruppe, Journalistinnengruppe, Hapkido-Gruppe, freies Kinder- und Jugendzentrum, Stadtteilkino, Palette (Aids- und Drogenberatung), Satz- und Repro, Übernachtungshaus Schanzenstern in der Bartelsstr., Wissensbörse.

FLORA

Seit Ende September ist das Stadtteilzentrum ROTE FLORA geöffnet, seit Anfang November besetzt. Was lange Zeit unmöglich erschien, gehört inzwischen zur Realität im Stadtteil. Zeit also um erste Eindrücke zu sammeln, ein Interview zu führen und zu sehen, wie es um Flora`s Park steht.

Interview

Interview *

Am Anfang war die Ruine...
über deren Nutzung es ein von verschiedenen Gruppen entwickeltes Konzept gab. Die Umsetzung schleppte sich allerdings über Monate hin, Kontakte zu Behörden kamen nur zögernd zu stande, Gespräche zogen sich in die Länge. Ein befristeter Mietvertrag für zwei Räume im EG zur "Vorstellung des Nutzungskonzepts und 30.000 DM zur Herrichtung der Räume inclusive sanitärer Einrichtungen" waren das magere Ergebnis. Dieser Vertrag barg natürlich schon im Keim die späteren Auseinandersetzungen in sich und wurde von den Flora-AktivistInnen als erster Schritt, um überhaupt an die Flora zukommen, gesehen. Völlig zu Recht: Mit dem Geld und ohne einem grünen Räumungskommando im Nacken entstand zum ersten Mal die Möglichkeit einige Räume wirklich nutzbar zumachen. Es entwickelte sich eine rege Bautätigkeit, deren Resultat sich sehen lassen kann. Großzügig und phantasievoll (besonders in der Eingangstür) installierte Fenster lassen viel Tageslicht herein und Blicke heraus. Die Elektrik ermöglicht "kurzschlußsicher" den Betrieb von Kaffeemaschinen, Herd und Kühlschränken für das Cafe, den Anschluß ausreichender Verstärker für Live-music und die Beleuchtung, wenn es draußen dunkel ist.. Klos und Waschbecken sind installiert, Wände gestrichen und Decken repariert. Durch den Einbau provisorischer Fenster im 1. Stock ist das Gebäude jetzt so weit wie möglich winterfest. Trotzdem konnte ein Problem (noch) nicht gelöst werden: Arschkalt ist es z.T. in der Flora, was die Nutzungsmöglichkeiten erheblich einschränkt. Ausnahme: Im Cafe sorgt ein großer Ölofen für ausreichend gemütliche Wärme. Im Baubereich läßt sich das Resumee ziehen, daß trotz geringer Mittel viel geleistet wurde.

Die Flora der Stadtteilkultur...
... war eine Parole am Gebäude und ist Teil des Konzepts, wobei "ein wöchentliches Programm den Besuchern die Möglichkeit zur aktivenTeilnahme bietet". Das Konzept sieht weiter vor, daß die Vorhalle als "Versammlungs- und Veranstaltungsraum vielseitig genutzt wird". Tatsächlich: Vom Punkrock, Blues über türkische Musik bis Klassik reicht das musikalische - Spektrum der Konzerte. Drei Ausstellungen sah das Foyer bis heute: eine Ausstellung zur Flora selbst, eine Ausstellung zur aktuellen Situation der Roma und Sinti und seit Wochen, sodaß es bald langweilig wird, eine Ausstellung zur Geschichte des Stadtteils. Filmvorführungen des Duckenfeldkinos fanden anfangs regelmäßig,- aber mit Einsetzten der Kälte nur noch sporadisch statt. Das, was in der Flora an "Kultur" läuft, ist geprägt vom Selbstverständnis der MacherInnen bzw. VeranstalterInnen. Daher wird das Angebot auch nur so vielseitig sein, wie sich Menschen finden, die unterschiedliche Veranstaltungen vorbereiten. Jedenfalls ist die "Kultur" in der Flora fast zum Nulltarif. Der Eintitt bei Konzerten beträgt maximal 5 Märker, die zur Kostendekkung der Bands und der PA gebraucht werden. Im Cafe kostet kein Getränk oder Essen mehr als 2 Mark, der Überschuß geht auf das Florakonto zur Finanzierung neuer (Bau-)vorhaben. Dabei wird seit derBesetzung bewußt darauf verzichtet Alkohol zuverkaufen, obwohl damit viel Geld "rein" käme. Auf der einen Seite braucht die Besetzung einen klaren Kopf, auf der anderen Seite soll die Flora nicht ein Ort sein, wo billig und locker gesoffen oder gekifft wird. Dies ist sicherlich kein Schritt zur Lösung der Drogenproblematik, aber so wird vielleicht vermieden, sich ein Drogenproblem im Haus selbst zu schaffen. Nach dieser kurzen Beschreibung, was in, an und von der Flora nach außen hin sichtbar getan und geleistet wurde, nun ein

Schwenk zum politischen Bild, das sich die Flora gibt bzw. das sie vermittelt. Darüber läßt es sich wesentlich schwerer schreiben. Grund dafür ist auch, daß klarere Äußerungen von der Flora in letzter Zeit nicht über die Länge eines Transparentes hinauskommen. Deshalb auch das Interview, das in dieser Hinsicht mehr Infos gibt, aber wo auch klar wird, das vieles noch in Diskussion ist. Erahnen läßt sich dabei allerdings auch, daß die Flora sich in einem (hoffentlich produktiven) Spannungsfeld zwischen den Bemühungen um "Flora für aale" und der Tendenz zu einem autonomen Scene--Stadtteilzentrum befindet. Was draus wird, wird sich zeigen.
Praktisch gesehen bietet die Flora politischen Initiativen viel Raum, in dem sie sich treffen und austauschen können. Die Halle ermöglicht es, daß auch für größere politische Veranstaltungen nicht extra die Fabrik o.ä. angemietet werden muß. Und es waren da schon einige gute Veranstaltungen-, praktisch zu allen politischen Bereichen. Für uns hat die Flora das politische und kulturelle Leben im Stadtteil bereichert, wenn dannnoch im Sommer Flora's Park hinzukommt...



Dieses Interview haben wir mit einer Flora-Aktivistin gemacht, die in letzter Zeit viel Pressearbeit für die Flora gemacht hat. Es spiegelt trotzdem in erster Linie eine persönliche Einschätzung wider. Es würde uns freuen, wenn auch diese Zeitung ein Forum für persönliche Standpunkte und Meinungen zur Flora sein kann.

Ende September habt ihr die Flora eröffnet. Welche Erfahrungen habt ihr gemacht, wer nutzt die Flora?

Zum einen ist die Flora Treffpunkt für verschiedene politische Gruppen und zwar weniger für die Gruppentreffen selber, weil da die Nutzungsmöglichkeiten durch die Kälte sehr eingeschränkt sind. Vielmehr wird hier auf Plena, in der Volxküche oder auf politischen Veranstaltungen die Möglichkeit genutzt, zu den jeweils anderen Gruppen Kontakt aufzunehmen, sich gegenseitig zu informieren und gemeinsam zu diskutieren.Als Beispiel: Das Häuserplenum betreibt einmal die Woche die Volxküche und hat so die Möglichkeit, ihre Diskussionen in einem anderen Rahmen weiterzuführen und anderen Menschen weiter zu vermitteln. Zum anderen gibt es seit dem 23.9. ein ständig wechselndes (Kultur-)programm, das auch von Menschen besucht wird, die nicht in den oben genannten Gruppen aktiv sind. Wer diese Menschen sind, hängt natürlich von dem ab, was gerade läuft. Wir hatten sehr viele, zu viele wie einige meinen, Hardrock-und Punkkonzerte, wo Leute hingehen, die keinerlei Probleme damit haben, daß die Flora ein besetztes Haus ist oder daß die Flora letztendlich noch eine Ruine ist. In letzter Zeit spielen auch öfter StrassenmusikantInnen hier, was auch total gut ankommt.

Ist das die Flora für alle ?

Nein, warte ich bin noch nicht fertig. Mit den Ausstellungen in der Halle, Nachbarschaftstreffen und zwei klassischen Konzerten haben wir versucht auch Leute anzusprechen und einzuladen, für die das Betreten eines besetzten Hauses, einer Ruine, mit der die Geschichte des Kampfes im Stadtteil gegen Kommerz verknüpft ist, eine hohe Schwelle bedeutet. Zu Anfang ist das auch gut gelungen, als es noch warm war und die Eingangstür offen stand. Verschiedenste Leute sind gekommen, haben geguckt und auch geklönt und in der Volxküche Kaffee getrunken.In der Zeit gab es eine ungeheure Nachfrage nach dem Florakonzept und der alten Dokumentation.Im November wurde es einerseits kalt, dunkel und ungemütlich und andererseits ist die Flora seitdem besetzt. Das sind zwei Faktoren, die dazubeitragen, daß zur Zeit der NutzerInnen-kreis etwas geschrumpft ist. Aber zurück zu deiner Frage: Wir haben angefangen das zu diskutieren und konkreter zu fomulieren. Einigkeit besteht nach meiner Einschätzung darin, daß wir hier nicht nur im eigenen Saft schmoren wollen. Wir wollen mit mehr und anderen Menschen ins Gespräch kommen, um so unsere Sachen besser rüberbringen zu können und auch die Reaktionen mitzukriegen. Doch wie wir es erreichen, daß die Flora von breiteren Kreisen aus dem Stadtteil als ihr Zentrum begriffen und getragen wird, das ist zur Zeit die Diskussion.

Welche Standpunkte gibt es in dieser Diskussion ?

Einige sagen, sie würden auch Dinge tun, z.B.jetzt die Flora anstreichen, obwohl dafür kein Geld da ist, um sie für die sogenannten BürgerInnen attraktiver zu machen, aber nicht unbedingt weil sie es selber wichtig finden. D.h.also Dinge tun, um die Akzeptanz zu steigern, auch wenn sie nicht den eigenen Bedürfnissen entsprechen. Andere sagen, wenn wir die Sachen machen zu denen wir Lust haben,

von denen wir meinen, daß sie anstehen und notwendig sind, dann strahlt das aus und die Leute kommen von alleine oder zumindestens wäre dies ehrliche. Nimm z.B. die Diskussion um das Transparent "Deutsche Bank und deutsches Geld morden mit in aller Welt" nach dem Herrhausenattentat. Einige schienen Angst zu haben, daß das die NachbarInnen verschreckt. Die meisten fanden es aber wichtig, klar zu machen, daß wir nicht um Herrhausen trauern.

Ihr habt praktisch von einem Tag auf den anderen mit dem, wenn auch eingeschränkten Betrieb eines Stadtteilzentrums begonnen. Wer trägt das eigentlich?

Das find ich immer schwierig zu beantworten. Die Aktivistlnnen haben teilweise ganz unterschiedliche Schwerpunkte in ihrem Alltag. Da gibts StudentInnen, JobberInnen, Leute, die keine Berufsausbildung haben oder wollen, da gibt's natürlich auch SchülerInnen und Berufstätige. Das ist wirklich sehr unterschiedlich. Das Alter der meisten liegt wohl so zwischen 20 und 30. Aber was ich viel wichtiger finde, ist die Frage, was die Leute motiviert soviel Kraft und Zeit in die Flora zu stecken. Diejenigen z.B., die schon im letzten Jahr gegen Kommerz und Umstrukturierung gekämpft haben, wollen in diesem Freiraum diesen Kampf weiter entwikkeln. D.h. in der Flora die Möglichkeiten zu nutzen, um gegen Umstrukturierung und für Selbstbestimmung zu arbeiten. Gerade das letzte Jahr hat ja auch gezeigt, daß wir dringend Raum und Treffpunkte brauchen, um uns untereinander und mit mehr Leuten treffen zu können. Seit der Besetzung sind auch viele Leute deshalb dabei, weil hier die Möglichkeit besteht, etwas Eigenes aufzubauen, selbst im weitesten Sinne kreativ zu sein. Damit meine ich z.B. die Ausstellungen, die Feste, das Bauen oder auch die Phantasie, die entwickelt wird, um die Flora überhaupt nutzbar zumachen. Da muß viel improvisiert werden, da läuft nichts in vorgegeben Bahnen. Ich selber finde es im Momenet faszinierend, wie das alles so läuft, wie verschiedene Menschen das tun, worauf sie Lust haben und das dann alle weiterbringt. Weißt du eigentlich, daß wir jetzt auch eine Druckerei haben (natürlich, der Interviewer). Vor einigen Wochen war mein Gefühl dazu wesentlicher schlechte. Die Stimmung in der Flora war ziemlich schlecht. Wir waren teilweise aggressiv und haben uns mit unseren Ansprüchen total überfordert, Nachtwachen, Öffentlichkeitsarbeit, politische Einschätzungen, Programm, offensive Aktionen und dann noch untereinander mehr Aufmerksamkeit. Das war nicht zu schaffen, zumal wir noch gar keine Struktur in der Besetzungssituation hatten. Stundenlange Diskussionen haben uns oft keinen Millimeter weitergebracht. Ohne jetzt die besseren Zeiten herbeireden zu wollen, so habe ich doch jetzt das Gefühl, daß wir dabei sind, die Sachen besser zu schaffen. Wir sind dabei eine klarere Struktur zu entwickeln und wir haben auch ein bißchen gelernt, uns nicht mit unseren Ansprüchen zu überfordern, sondern mehr danach zu gehen, was unsere Bedürfnisse in der Flora sind.

Strukturen entwickeln heißt in der Flora doch auch Selbstverwaltung zu praktizieren. Wie läuft das ?

Das ist einer der Punkte, von denen ich vorhin meinte, daß es schwierig ist. Aber ich möchte hier erstmal betonen, daß die Flora kein Dienstleistungsunternehmen ist. Ich würde mir wünschen, daß alle, die in die Flora kommen, mal mehr mitdenken. D.h. den Müll, den sie produzieren auch mal selber in die aufgestellten Tonnen zu packen, oder den Becher, wenn der Kaffee leergeschlürpft ist, selbst wieder zum Tresen bringen. Selbstverwaltet oder kollektiv heißt für mich an diesen praktischen Dingen, die Flora als u n s e r tatsächlich zu begreifen.

Naja, unter Selbstverwaltung stelle ich mir mehr vor, als meinen Becher zum Tresen zu bringen. Wie werden z.B. Entscheidungen getroffen ?

Das ist aber sehr wichtig, denn gerade diese Kleinigkeiten sind es oft, die soviel Frust verursachen. Wichtig ist es aber auch zu wissen, daß wir uns in einem Prozess befinden: Dialektik life sozusagen. Nimm z.B. die Diskussionen und Aktivitäten zum Thema "Flora für alle". Wir reden was, tun was, es tauchen Widersprüche, Ärger usw. auf und daran entwickeln sich unsere Aktivitäten und auch unsere Gefühle zur Flora weiter. Deshalb kann ich nur den momentanen Zustand der Entscheidungsstruktur beschreiben, Es gibt zwei Plena: zum einem das Plenum derjenigen, die aktiv den laufenden Betrieb tragen. Das nenn ich mal das Aktivistlnnen-Plenum. Hier werden viele Entscheidungen gefällt und Sachen vordiskutiert. Wenn große Widersprüche auftreten oder Grunsatzdiskussionen und Entscheidungen anstehen, werden die in das offene Floraplenum am Donnerstag getragen.



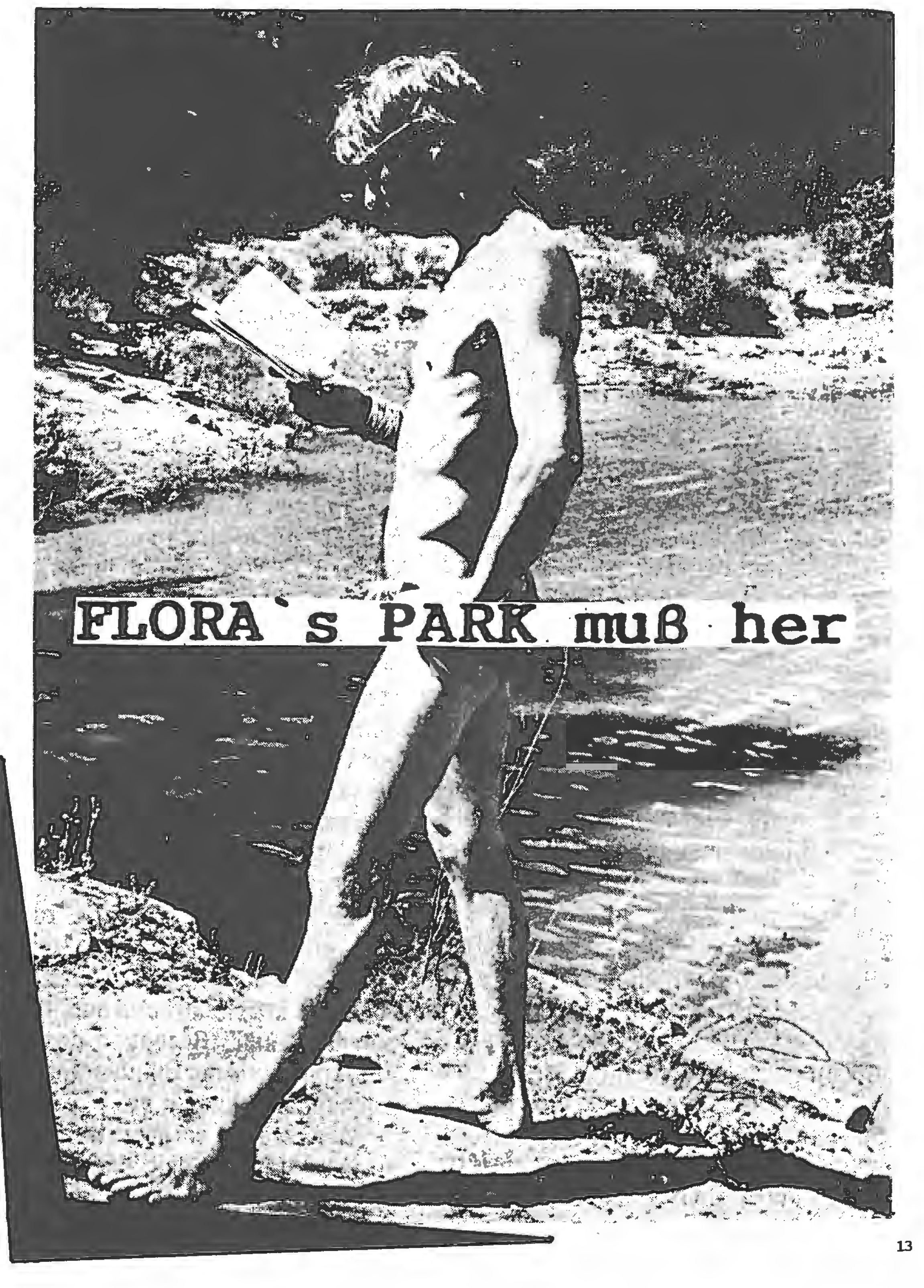
Das Donnerstags-Plenum war in den letzten Wochen schlecht besucht, aber es soll sich jetzt wieder zum Entscheidungsgremium entwickeln. Wobei es hier wichtig ist, daß die Gruppen, die in der Flora sind oder rein wollen Sachen vordiskutieren, damit das Plenum nicht dem Prinzip Zufall unterliegt. Bei dieser Struktur ist es natürlich immer noch sehr schwierig Menschen einzubinden, die nicht regelmäßig da sind, keiner festen Gruppe angehören, aber trotzdem was machen wollen.

Keine Frage, was Grün-und Erholungsflächen angeht sieht es hier, wenn man das Schulterblatt zum Nabel erklärt, verdammt katastrophal aus. Der kriminelle Abriß der Flora/Kristallpalastes ermöglicht es nun, an zentraler Stelle einen Park wachsen zu lassen, der in der Lage wäre, so einige AnwohnerInnen ein wenig für diesen ganzen Lärm und Gestank etc., den WIR in diesem dichtbebauten Viertel zu ertragen haben, zu entschädigen. Doch was nötig ist, wird noch lange nicht Realität. Wir, die "FLORA's Park Gruppe" (AnwohnerInnen, Interessierte, Fachmenschen) versuchen die Planung für solch einen Park voranzutreiben und durchzusetzen. Dabei stellen wir uns vor, daß diese Planung gerade auch von den späteren NutzerInnen bestimmt werden soll. Dazu wird es dann Ende Januar eine neue Veranstaltung und Ausstellung geben.

Was sagen die "da oben" dazu ? Die Baubehörde und der Bezirk möchten den ganzen Block Juliusstr./Lippmannstr./Eifflerstr./Schulterblatt zum Sanierungsgebiet erklären. Für solche Gebiete erhält die Stadt HH nämlich Bundesmittel zur Stadterneuerung. Hiermit soll u.a. auch die Instandsetzung der Flora-Ruine finanziert werden. All dies soll vom Senat im Januar entschieden werden. Der Bezirk Altona bereitet jetzt, nachdem es erst nur um die Randbebauung der Juliusstr. ging, einen STÄDTEBAULICHEN IDEENWETTBEWERB, der den ganzen Block betrifft, vor. Das heißt, es sollen verschiedene Architekten beauftragt werden eine Planung zu erstellen für den Bau:

- von Sozialwohnungen
- einer Kindertagesstätte
- eines Bolzplatzes
- eines Durchganges zur Eifflerstr.
- Verkehrsberuhigungsmaßnahmen etc

Die Besonderheiten eines Sanierungsgebietes bestehen im wesentlichen darin, daß: 1. priv. Hausbesitzer bei Instandsetzung/Modernisierung vom Staat subventioniert werden, die Mieten dann jedoch von 5.15 - 7.15 DM/qm auf 12 Jahre festgelegt sind. 2. die Stadt Vorkaufsrecht bei allen Hausverkäufen hat, und somit best. Nutzungen verhindern kann. Soviel von DENEN. Wir haben da ein paar andere Sachen im Kopf. Bei einer Anzahl von 4525 Baulücken in HH sollte es keine Probleme machen, die ca. 5o Wohneinheiten irgendwo in Wandsbek(1211), Eimsbüttel(768), Nord(644) oder Altona(589) etc. unterzubringen. Die Baubehörde als Verantwortliche für die Wohnraumvernichtung der letzten 20 Jahre will jetzt die Wohnungsnot gegen das Bedürfnis nach Grün- und Erholungsflächen ausspielen. Wir spielen da nicht mit. Wir sagen: Wohnungen sollen Sie bauen, doch nicht Flora's Park beklauen. Bevor hier jeder qm bebaut wird, soll erstmal die Versorgung der ansässigen Bevölkerung gewährleistet werden. Es werden z.B. dringend Kindertagesstätten benötigt. Was passiert jedoch: Abenteuerspielplätze werden zugunsten von Autoverkaufsflächen (Mazda Altonaerstr.) verkleinert. Und wir reagieren e m p f i n d l i c h darauf, daß mit solchen Wettbewerben auch Tatsachen geschaffen werden (können), die nicht im Interesse der AnwohnerInnen und vieler mehr liegen, jedoch eines Tages irreversibel erscheinen. Wir fragen uns, warum die Vorgaben für solche Maßnahmen (Wettbewerb) nicht öffentlich diskutiert werden können? Mit Planung von oben haben wir ja hinreichend Erfahrung, auch und besonders hier (und überhaupt im frierenden Westen siehe Kapitel Kurz 1988).



Was habt ihr in der nächsten Zeit vor ?

Zwischen Weihnachten und Neujahr wird nochmal verstärkt gebaut, wider dem Frost sozusagen. Dann im Januar, das ist meine persönliche Einschätzung, werden neue Schritte in Richtung Öffentlichkeit und Durchsetzung der Flora angegangen. Hier möchte ich noch einmal daran erinnern, daß das laufende Programm von allen gefüllt werden kann und soll, die dazu Lust haben.

Döse – die andere Art Kaffee zu trinken

Nun ist Frau Döse schon ein Jahr alt und nicht mehr wegzudenken aus dem Schanzenviertel. Nach anfänglicher Aufregung und Spannung ist sie nun eine Selbstverständlichkeit geworden. Die Idee vom Stadtteil-Cafe, daß von vielen Menschen getragen wird, ist vom Grundsatz verwirklicht worden. Trotzdem stehen nun einige Veränderungen an. Warum? Wir, die Döse-Gruppe, haben uns verändert (nicht nur inhaltlich, sondern auch personell). Wie einige von euch wissen, waren wir ursprünglich eine Gruppe, die zusammen wohnen



und arbeiten wollte. Das Cafe war für uns ein kleiner Anfang, einen Teil dieser Idee umzusetzen. Wir haben es nicht geschafft, unseren Wunsch gemeinsam in einem Haus zu wohnen und dort zu arbeiten weiter zu konkretisieren, geschweige denn umzusetzen. Die Gründe hierfür wären schon einen eigenen Artikel wert, sind aber hier und heute nicht Thema. Wir wollen nun die laufende Arbeit im Cafe verändern und Verantwortung auf mehr Leute/Gruppen verteilen; davon erhoffen wir uns den Charakter des Info-Cafes weiter auszubauen und zu stabilisieren. Für unsere Gruppe hoffen wir, daß wir uns wieder mehr "um uns selbst" kümmern können, d.h. klarzukriegen wie`s bei uns weitergehen soll. Soweit ersteinmal zum Cafe aus unserer Sicht und nun die Veränderungen im Cafe -"Betrieb":

Montag	Döse Gruppe
14 bis 20	Uhr
Dienstag	Männercafe
14 bis 22	Uhr (ab 9.1.90)
Mittwoch	Frauencafe
14 bis 20	Uhr
Donnerstag	Döse Gruppe
14 bis 20	Uhr
Freitag	Döse Gruppe
14 bis 20	Uhr
Samstag	Schanzenini-West
11 bis 20	Uhr
Sonntag	Döse Gruppe
11 bis 20	Uhr

Die Tage der Döse Gruppe sollen auch in Zukunft nicht von uns allein getragen werden, sondern wir wollen auch weiterhin mit vielen Menschen aus`m Viertel zusammenarbeiten. Ab Februar ist das Cafe schuldenfrei, der Überschuß von monatlich etwa 800,- bis 1000,- Mark soll dann sinnvoll verwendet werden. Bisher wurde konkret über zwei Möglich-keiten diskutiert: Eine Idee ist, das Geld in einen Stadtteilfond zu zahlen, aus dem heraus dann z.B. Flugblätter, Prozeßkosten etc. bezahlt werden. Die andere Idee ist, davon ein Tagungs-und Seminarhaus mitzufinanzieren, was hauptsächlich von den politisch aktiven Gruppen aus`m Viertel und Umgebung genutzt werden sollte. Uber die Umsetzung eines solchen Projektes wird sich die Döse Gruppe in Zukunft weiter den Kopf zerbrechen. Noch Fragen? Sehr gut, dann komm doch mal und informier Dich!

Männercafé bei Frau Döse

Wo habt Ihr bloß diesen scheußlichen Namen her??? Wie wär's mit "Schrillmanskis" oder "Prof. Bringmann"? Oder "Frau Döses Gatte", "Döseboben" oder "Männer-Kombinat"? "Willige Sünder" träfe doch auch den Kern der Sache... Laßt Euch doch mal 'was einfallen!

Wir haben keine Lust mehr, unser Verhalten auf herkömmliche, typisch männliche Rollenmuster reduzieren zu lassen, sondern wir wollen den Versuch unternehmen, traditionelle Verhaltensmuster zwischen Männern aufzubrechen, sodaß echte Kontakte, Beziehungen und Prozesse unter Männern möglich sind. Wir wollen einen **Frei**-Raum schaffen, in den wir uns mit unserer gesamten Person, all unserer Wut und Zärtlichkeit, Angst und Trauer, Stärke und Lebensfreude, einbringen können.

Mit dem Männercafé wollen wir als Gruppe zunächst nur Informationen über Männerthemen und einen Treffpunkt für Männer anbieten. Wir wünschen uns, daß sich Aktionen und Veranstaltungen im Rahmen dieses Männercafés unabhängig von uns entwickeln. Alle Männer, die Ideen haben oder sich vorstellen können, aktiv im Café mitzuarbeiten, treffen sich am 07.01.90 um 19.30 Uhr bei Frau Döse (Adresse s.u.).

Männercafé ab 09.01.90 jeden Dienstag ab 14.00 Uhr im Stadtteilcafé Frau Döse, Bartelsstr. 10, 2000 Hamburg 6.

Von den Titelseiten prangt es in großen Lettern beschrieben: Das Elend in vielen Wohnungen und das Geschäft damit. Die neue Wohnungsnot, die so neu nicht sein kann. Es ist ein altes Geschäft, und die Zeitungen verdienen mit. Die Mieter weniger schöner Wohnungen können sich angesichts soviel titelträchtigen Elends in ihren Löchern wieder ein bißchen behaglicher fühlen. Wird doch im Vergleich zum Schrecklichen das Schlimme schön. Das eigene Wohnungsproblem wird dann auch gelassener in Angriff genommen: in der Zeitung, unter der Rubrik "Angebote". Diese populärste Methode der Wohnraumbeschaffung ist nach wie vor schwer: das einfache Mieten einer Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt. Für die meisten der 48.000 Wohnungssuchenden in Hamburg schreibt dies von Anfang an den gebeugten Gang vor. Denn nur die vollendete Anpassung von Aussehen, Gesinnung und Einkommen an die Gepflogenheiten des Marktes führt dabei zu dem Erfolg, für Miete, Courtage samt obligatorischem Abstand weiterhin den Buckel krumm zu machen.



Vom Häuserbesitzen und -besetzen in der BRD und anderen Ländern

Es geht auch anders. Ist doch die Betroffenheit groß und da geraten selbst die wieder in Schwung, die schon einmal in Bewegung waren: die HausbesetzerInnen. Schon ganze sechs Besetzungen wurden dieses Jahr in Hamburg gezählt. Statt mit den seriös erscheinenden Maklern, hat man sich mit der Polizei herumzuschlagen. So zum Beispiel am 3. Mai 89:"Achtung, Achtung hier spricht die Polizei. Wir fordern die Personen im Bereich Kleiner Schäferkamp auf, sich zu entfernen und von den Gewalttatern zu distanzieren. Es ist jetzt 17.30 Uhr." Einmal erfoigt diese Aufforderung. Ein zweites und ein drittes Mal erspart man sich nicht. Dann nimmt der polizeiliche Einsatz seinen Verlauf - mit Erfolg. Die BesetzerInnen ziehen ab, um drei Monate später mit Verträgen eine Baustelle zu beziehen, die sie mit 15 Prozent Eigenbeteiligung in Wohnungen verwandeln sollen. Zwei Jahre wird es wohl dauern. Der aufrechte Gang auf dem Häusermarkt verkommt auf diese Weise für so manche zur Bückelei für das lang ersehnte Heim. Und die Utopie als Parole oft skandiert: "Wir brauchen keine Hausbesitzer, denn die Häuser gehören uns", bleibt bestehen. Sind doch Mietverträge zunehmend leichter zu kündigen. Selbst die MieterInnen am Hafenrand sollen das noch zu spüren bekommen.

In Westberlin - wo man schon immer die Nase vorn hatte - meinte man die Gunst der Stunde erkannt zu haben, als Momper von Rotgrün zum Bürgermeister gekürt wurde. Neben den SenatorInnenstühlen wurden bislang auch an die 20 Häuser neu besetzt. Doch mit einem ähnlichen Ergebnis wie in Hamburg. Bis auf zwei oder drei Häuser, die nun statt mit Barrikaden durch Verträge gesichert sind, wurden alle geräumt.

So groß die Wohnungsnot auch bundesweit ist und die Zahl der Besetzungen größer wird, der Erfolg solcherlei Versuche, die Not zu lindern, bleibt verschwindend gering. Es wird zwar hie und da ein Haus, aus dem einst Fahnen geschwenkt und Fäuste geballt wurden, befriedet, doch die rechte Befriedigung beim anschließenden Wohnen will sich oftmals nicht einstellen. Erinnern doch die an die BesetzerInnen überlassenen Objekte in den überwiegenden Fällen eher an Elendsquartiere, denn an freies und selbstbestimmtes Leben. Die Befriedung ist perfekt und die Bewegung übt sich mit 15 Prozent Bauherren- und Baufrauentätigkeit für kommende Schlachten. Die Menschen, die dabei so gern von dieser Bewegung argumentativ vereinnahmt werden, die unterdrückten, ausgebeuteten und sozial schwachen BürgerInnen, bleiben bei solchen Alternativen außen vor. Diesen fehlt das Geld, um ihre Miete zu bezahlen genauso, wie die Zeit und die Freiheit, ihre Häuser selbst zu bauen. Die Praxis einiger obdachloser Penner, in frisch renovierte Altbauwohnungen im Hamburger Schanzenviertel einzuziehen und die Schlösser auszuwechseln, zeigt vielleicht schon eher Lebensqualität. "Wir brauchen keine Hausbesitzer, denn die Häuser gehören uns."

In Zürich, dem eidgenössischen Pendant zu Westberlin sind 99 Prozent aller BewohnerInnen MieterInnen. "Einige von ihnen haben sich in der Aktion "Wohnen tut Not" zusammengefunden, um auf die herrschenden Mißstände aufmerksam zu machen und Lösungen aufzuzeigen." So hieß es schon im März in einem Flugblatt zur "Wohnen tut Not"-Woche. Seither werden die sogenannten "Lösungen" nicht nur aufgezeigt, sondern auch praktisch umgesetzt: Häuser werden besetzt, für verschiedene gekündigte Wohnungen ein Auszugsboykott organisiert und bis heute treffen sich jeden Donnerstag einige hundert Leute zu Demonstrationen und Kundgebungen gegen Spekies,wie dort die Spekulanten scheinbar liebevoll genannt werden.



Das öffentliche Interesse an solcherlei Aktivitäten, ist schnell hergestellt: Mit viel Polizei und dem brutalen Einsatz von Gummigeschossen werden die meisten Häuser geräumt und abgerissen, die Anti-Speki-Aufläufe mit großer Regelmäßigkeit zerschlagen.

Im Juli letzten Jahres spitzt sich die Lage kurzfristig zu. Als eine Demonstration gegen Wohnungsnot und Spekulanten von den Schweizer Grenadiers angeriffen wird, verlagert sich der Häuserkampf auf die Straße. Neben den DemonstrantInnen sind vor allem JournalistInnen Ziel polizeilicher Prügelattacken. Durch die Berichterstattung über diese Versuche, die Öffentlichkeit auszuschalten, wird für viele einmal sichtbar, was ansonsten für einige die Regel ist. Seither sind die polizeilichen Eingriffe in die Züricher Wohnungspolitik weniger geworden, und es fehlen die Schlagzeilen über die Hausbesetzungen. Im August wird im Anschluß an einen donnerstäglichen Speki-Auflauf eine noch am Morgen geräumte Villa erneut geentert und eine zweite in der Nachbarschaft gleich dazu. Neben diesen zwei Villen sind zur Zeit noch drei andere Häuser besetzt, donnerstags trifft man sich zum Auflauf, doch auch im bewegten Zürich tritt man auf der Stelle und beschränkt sich darauf , den "Markt" abzugrasen, auf der Suchenach den letzten noch zu okupierenden Häusern.

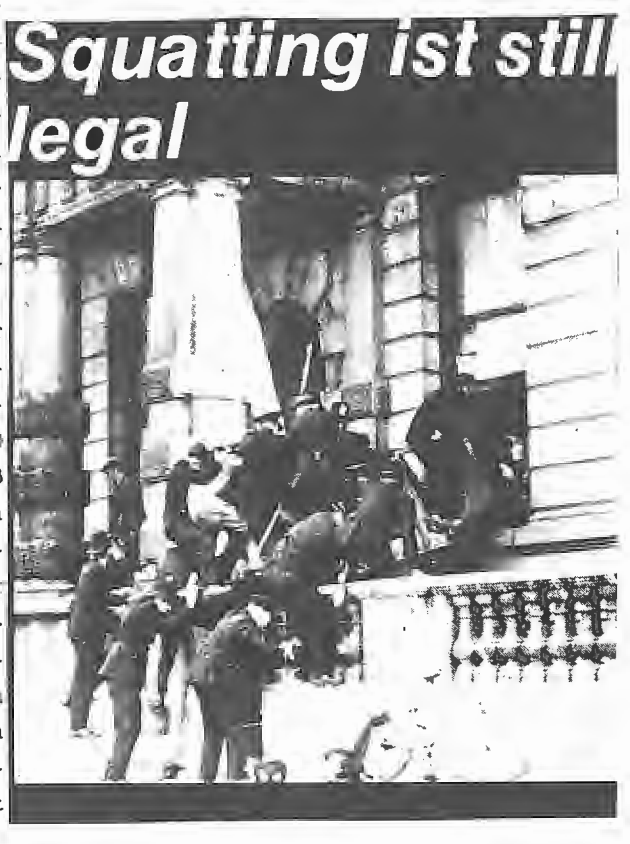


Während immer mehr Deutsche in die Bundesrepublik einwandern, um dem Sozialismus zu entkommen, der auch seine Probleme mit dem Wohnraum hat, werden die nun hier entstehenden Wohnungsprobleme sozialistisch gelöst: durch Enteignung. In Westberlin kamen auf diese Weise die ersten acht Wohnungen, jahrelang leerstanden, zu neuen Mietern. Weitere Enteignungen sollen folgen. Fast könnte man schon meinen, daß die hohen Aussiedlerzahlen aus der DDR mit zur Lösung des dortigen Wehnungspromlems bei tragen.



Ursache ist dort nicht nur die Zerstörung oder die Umwandlung von Wohnraum, sondern der fehlende Überblick. So stehen in vielen Städten eine Unmenge von Wohnungen leer, ohne daß es dem zuständigen kommunalen Amt bekannt ist. Die Nachbarn einer solchen unbewohnten Wohnung bemerken das schon eher, und wem die Drei-Zimmerwohung mit fünf oder sechs BewohnerInnen zu eng wird, expandiert kurz entschlossen. Erstmal ist dies verboten, doch sollten einmal Probleme mit der Heizung auftreten oder sonstige Reparaturarbeiten in der neuen Wohnung fällig sein, bestellt man beim Wohnungsamt die Handwerker. Sind diese einmal aktiv geworden, ist die Besetzung anerkannt und legalisiert. Daß bis zu diesem Zeitpunkt keine Miete gezahlt wurde, spielt dabei fast keine Rolle. Erstens bezahlt man sie jetzt - vorher wußte man ja auch nicht, wer sie bekommen sollte - und zweitens sind Mieten in der DDR im Vergleich zur BRD sehr, sehr gering. Wichtig ist, daß die BesetzerInnen aus ihrem Umzug kein Politikum machen. Werden dort Transparente gehißt, Parolen gesprüht oder verhält man sich auf andere Weise nonkonform, werden die Besetzungen unkonventionell und lautlos beendet. Ein übliches Mittel ist die Sabotage. In der Abwesenheit der Bewohnerinnen werden zum Beispiel die Abflußrohre mit Schnellbeton verstopft, der Strom gekappt oder die Heizungen demontiert. Durchaus ein Mittel, unliebsame BewohnerInnen loszuwerden, das auch hierzulande von Staat und anderen Spekulanten wirkungsvoll eingesetzt wird.

Diese Form der kalten Besetzungen - eher wohnliche Praxis an Stelle revolutionärem Pathos - macht auch im Westen Schule. Ob in Rom, Paris, Lissabon oder London, in fast allen größeren Städten Europas verschaffen sich immer mehr Menschen aus der reinen Not beim Wohnen auf diese Weise ein Quartier. Zum Beispiel London: Dort leben nach Angaben des "Advisory Service for Squatters" - einer nationalen Organistation ähnlich dem Verein "Mieter helfen Mieter" - 30.000 Menschen in besetzten Wohnungen. Der Einzug in eine leerstehende Wohnung ist nach englischem Recht strafrei, solange beim Öffnen der Wohnung nichts beschädigt wird, bzw. die neuen MieterInnen beim Aufbrechen und Auswechseln des Türschlosses nicht erwischt werden. Viele der sogenannten NormalbürgerInnen besorgen sich so ohne Geld auf kurz oder lang eine Bleibe. Sollte dann allerdings das Haus abgerissen oder anderweitig vermietet werden, müssen die BewohnerInnen wieder die Wohnung verlassen. Zuvor muß dafür aber von der Eigentümerin, in London ist dies meistens die Stadt, ein Gerichtsbeschluß erwirkt werden. Liegt dieser vor, verläuft die Räumung meist unspektakulär und ohne die hier üblichen Polizeieinsätze. Die MieterInnen ziehen aus. Oft handelt es sich dabei auch um einzelne Wohnungen eines Hau-



ses, indem die übrigen Bewohner regulär wohnen und die nicht nur in London üblichen horrenden Mieten bezahlen. In Stadtteilen wie Brixton befinden sich ganze Häuserblocks, die unentgeldlich bewohnt werden. Stehen hier Räumungen an, formiert sich schon eher eine Hausgemeinschaft für den Widerstand. Die entstehenden Auseinandersetzungen mit der Polizei werden dann sehr schnell zu Riots, den hier oftmals beschwörten Sozialen Aufständen.
Wer auf diese oder andere Weise seine Wohnung verliert, hat die Möglichkeit sich von statlicher Seite mit bed & breakfast versorgen zu lassen. Dies entspricht in etwa den Obdachlosenunterkünften in der BRD. Für eine dreiköpfige Familie, die vorher unentgeldlich eine Dreizimmerwohnung bewohnte, die schlechtere Alternative. Diese Familie wendet sich dann eher an den "Advisory Service for Squatters". Dort beschränkt man sich nicht auf juristischen Rat bei Mietproblemen: Wer statt "bed & breakfast" eine neue Wohnung haben will, kann sich in dem jeweiligen Büro aus Listen leerstehender Wohnungen ein neues Heim aussuchen. Dann zieht man quasi um und hat wieder einige Zeit Ruhe und Wohnung - bis zu einem Jahr ungefähr, dann ist der nächste Umzug fällig.
In Hamburg, wo das Wohnproblem noch nicht einmal auf diese feine englische Art gelöst werden kann, müssen auch viele Menschen häufig umziehen, zumal wenn sie wenig Geld haben. Ebenso wie in England werden sie per Gerichtsbeschluß (Mietrückstände, Eigenbedarf, Modernisierung) aus ihren Wohnungen vertrieben. Die so wohnungslosen Menschen suchen daraufhin auf dem freien Wohnunysnarkt eine neue Bleibe. Einziger Unterschied zu England: Hier müssen sie in jedem Fall Miete, Courtage und Abstand bezahlen.



Ein SONNenTAG im Schulterblatt
Morgens aufwachen -die Sonne scheint, Himmel blau, SOMMER ! Fenster auf! Der Verkehrslärm vom Schulterblatt und der S-Bahn holt dich auf den Boden der Tatsachen zurück. DRAUSSEN frühstücken ! Wie denn ohne Balkon ? In der Küche ist es dunkel. Ein Glück, die Hauswand gegenüber ist frisch gestrichen und strahlt HELL zurück. Also wohin ? Auswärts frühstücken ! Draußen sein erkaufen ? Genauso wie abends in der Gartenkneipe. Irgendwo hört's ja mal auf. Tja, wer hat einen Hinterhof, Balkon oder Garten...? Genau, ich besuche S.. Mit dem Verkehrslärm von der Strese und dem Abgasgestank im Gärtchen, in dem deswegen ja auch kein Gemüse wachsen kann, müssen wir schließlich leben. Und wer hat schon ein Gärtchen. MÜSSEN WIR? Sie ist nicht da... Also, Kaffee zu Hause und dann ab in die SONNE! WOHIN? Auf das Dach: Heiße Teerpappe, flirrender Dunst, der zunimmt bis die Glocke überm Stadtteil das Himmelsblau vergrau(l)t. Kein Grün weit und breit, nur Schornsteine. Dachbegrünung ? Wie sag ich's meinem privaten Vermieter. Abhaken Also, dann - wegfahren. An die Elbe. Ach, lieber nicht, da sind bald alle.An den See. Mit dem Fahrrad in der S-Bahn - kompliziert und teuer.Wer hat ein Auto ?? Aber eigentlich wollte ich doch nur kurz RAUS und nicht den ganzen Tag, und ohne alles mögliche mitzunehmen (Soll ich doch an den Stadtrand ziehen?). Also - da bleibt nur noch der Park. Wohlers Park oder Sternschanzenpark. Schanzenpark: voll, Hunde, Anmache, S-Bahn-Lärm, U-Bahn--Erschütterungen von unten und bei diesem Wetter höchstwahrscheinlich - SchlachthofgestanK. Also - in den Wohlerspark stapeln.Ich gehe nach unten. Leute sitzen vor ihren Häusern und Geschäften auf der Straße. Einfach Stühle rausgestellt, besser als nix. Autos werden ignoriert, denn die Sonne scheint ins Gesicht. Ob das langfristig klappt ? Mein Blick fällt wie immer auf die FLORA, auf den vielen PLATZ hinterm Zaun. Da könnte doch...

SONNEN IM FLORA-PARK

VolxFrühstück zusammen mit den anderen oder einfach GRÜN genießen in einer ruhigen Ecke, Sonnenbaden auf dem GRÜNdach, Tai Chi zum SONNEaufgang im Sportraum, im ersten Stock, Fenster geöffnet zum Park, Volleyball auf der Wiese, Abenteuerhütten, ein Grillplatz, Kunst im Park...Kaffeetrinken auf der Floraterrasse, Feuerwerk und Lagerfeuer am Teich, Tanzen unter freiem Himmel!!!!! DIE FLORA IST AUF, die Ideen sprudeln los.

NÄCHSTEN SOMMER IM FLORA--PARK!!!

Und in Wirklichkeit: SOZIALER WOHUNGSBAU AUF DEM FLORA-GELÄNDE GEPLANT. KEINE POLITISCHE ENTSCHEIDUNG FÜR DIE FLORA UND DEN PARK BIS HEUTE.
E S L A N G T !!!!

Was ist das für eine Verachtung, die uns die Baugrube, die Ruine,den Ätzzaun jahrelang hier stehen läßt.In welchem Stadtteil, könnten sich die Herren das wohl sonst noch leisten ? WIR BRAUCHEN DIESEN FREI-RAUM DRINGENDST UND ZWAR GRÜN
Nicht als Bauerwartungsland mit Bergen aus Bausand. UND SCHON GAR NICHT KLEINER ! ES WIRD SO SCHON NICHT REICHEN !! Was ist das für eine Verachtung, die unseren zu kleinen FreiRAUM immer wieder einengen will, noch mehr Boden versiegeln will, noch mehr Menschen in diesen Stadtteil bringen will. IN WELCHEN PARK SOLLEN DIE NEUEN DENN NOCH ?? Im Frühjahr ist wieder Pflanzzeit. Wir haben schon mal angefangen. Die Zwiebeln sind gesteckt. Die Linde, die sie uns gefällt haben, wollen wir auch wieder pflanzen. NÄCHSTEN SOMMER WOLLEN WIR DEN PARK ERÖFFNEN GANZ ODER GAR NICHT ! Wir fordern die Umweltbehörde und den Umweltbeauftragten im Bezirk auf, endlich mit ihrer Arbeit vor Ort anzufangen.

Selten hat es um ein Transparent so viel Wirbel gegeben, wie um das Transparent "Deutsche Bank und deutsches Geld morden mit in aller Welt". Nach dem Herrhausen-Attentat wurde es zuerst an der Hafenstr. gesichtet, dann auch in anderen Wohnprojekten (Lama, kl. Schäferkamp) und an der Flora. Es hing jeweils nur einige Stunden bis es mit einem Riesenaufgebot von den Bullen entfernt wurde. Die Pressehetze setzte prompt ein besonders gegen die Hafenstr., die aber auch als Einzige in der Lage waren (nach einiger Zeit), dazu eine Erklärung herauszubringen. Diese Erklärung wollen wir hier dokumentieren

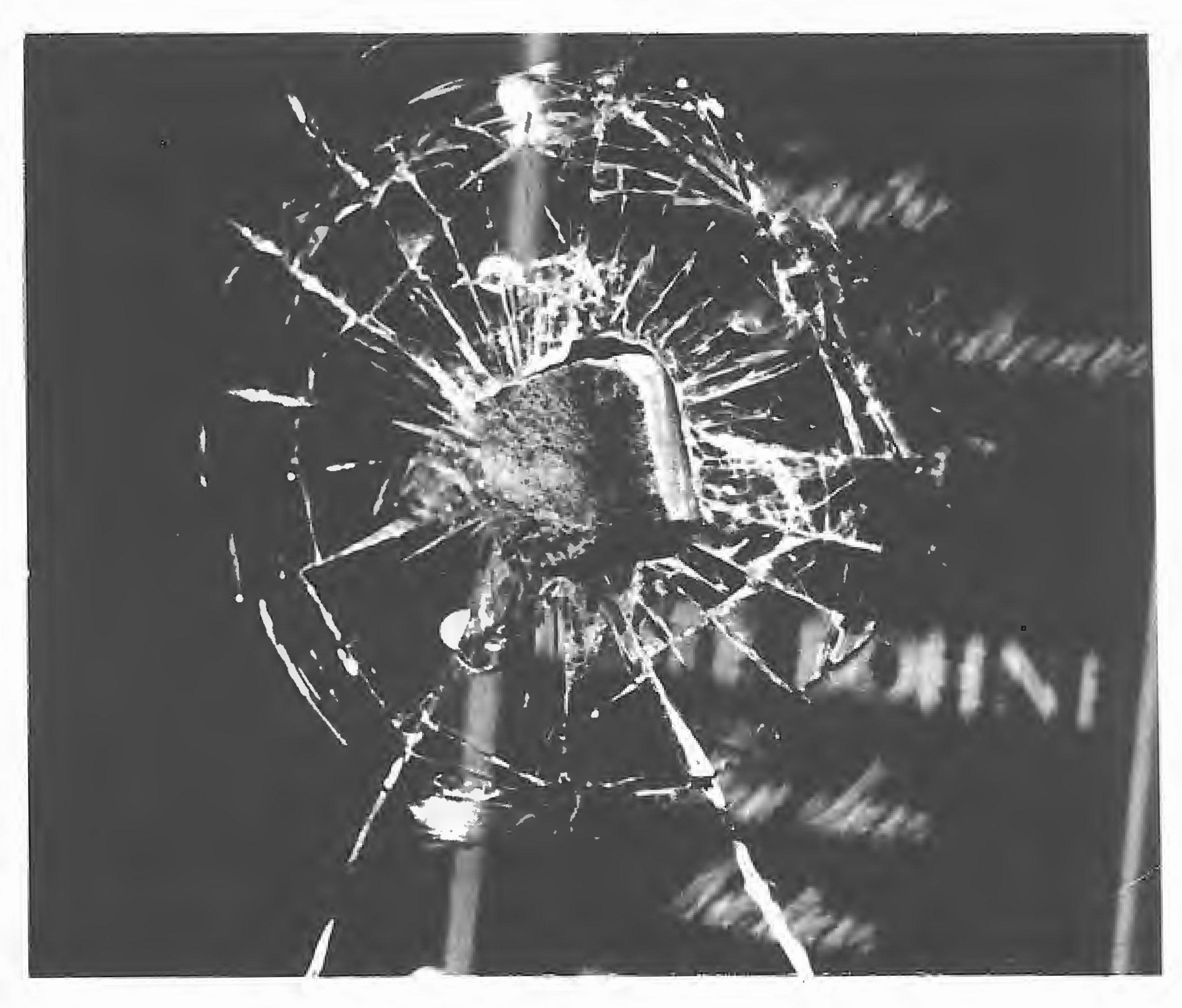
Deutsche Bank und deutsches Geld morden mit in aller Welt

Im Rahmen der bundesweit angelegten Menschenjagd wegen der Aktion der RAF gegen den Chef der Deutschen Bank, Herrhausen, läuft seit einigen Tagen gegen uns und andere politische Zusammenhänge ein massiver Angriff. Die gleichgeschaltete Presse titelt: "Spur der RAF führt in die Hafenstraße", "Hafenstraße, Zentrale des legalen Arms der RAF".
Wir gehen davon aus, daß VS-Chef Lochte und die BKA-Sonderkommission mit der Hetze eine Razzia vorbereiten, einige von uns aus den Häusern holen und als "legalen Arm der RAF" im Knast verschwinden lassen wollen.
Mit der Aktion der RAF wurde der Blick auf die Verbrechen der Deutschen Bank gelenkt in einer Situation, in der die Deutsche Bank an der Spitze des westdeutschen Kapitals die sozialistischen Staaten politisch und wirtschaftlich schlucken will. Sie wollen die BRD als das humane demokratische System verkaufen und alle Widersprüche verschleiern - das vereinigte Deutschland innerhalb des Europas des Kapitals, in dem ihre Schweinereien auf einmal keine mehr sind:

- Plötzlich gibt es Platz für 650.000 deutsche/deutschstämmige Ubersiedler und Republikflüchtlinge, wo ansonsten wegen der böswillig behaupteten "Asylantenflut" die Grenzen dichtgemacht werden und für 1.500 Sinti und Roma in dieser Stadt kein Platz ist. Das ist staatlicher Rassismus.
- Von der DDR wird die Öffnung der Gefängnisse und Amnestie der Gefangenen gefordert, während hier aus der gleichen Ecke jede Forderung nach Verbesserung der Haftbedingungen als "unverschämt, heleidigend, verleumderisch und terroristisch diffamiert wird.
- Der "freie und soziale Wohnungsmarkt" bringt mehr und mehr Wohnungsnot und Obdachlosigkeit hervor, Menschen erfrieren, von Freiheit und Menschenwürde wird fabuliert, während der Senat mal eben den Abriß der Häuser am Pinnasberg beschließt und uns das erste Räumungsurteil ins Haus flattert.

In diese Situation kommt die Aktion der RAF gegen Herrhausen, dem wichtigsten Strategen des deutschen Kapitals. Wir bedauern das nicht. Wir gehören nicht zu denen, die wie Kohl sagen können: "Er hat uns viel gegeben." Im Gegenteil, wir gehören zu denen auf der Welt, die immer wieder gerade auf die Deutsche Bank stoßen: sei es, weil sie zum Beispiel das Rassistensystem in Süd-Afrika unterstützt und an Hunger und Blut der in Unterentwicklung gehaltenen Völker Milliarden verdient; sei es, weil z.B. hier das Kapital den Senat drängt, uns wegzumachen.
Also haben wir ein Transparent aus unseren Fenstern gehängt:

"DEUTSCHE BANK UND DEUTSCHES GELD MORDEN MIT IN ALLER WELT"

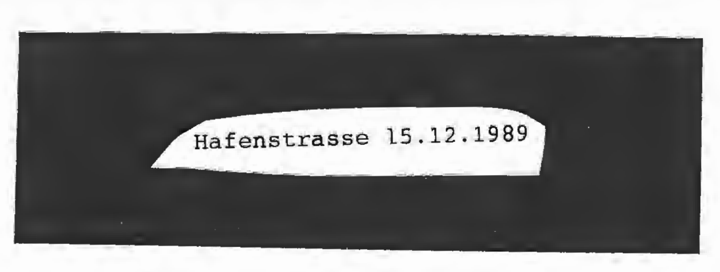


Es nervt sie, daß wir das in dieser Situation sagen - deswegen kommen sie sofort in der nächsten Nacht mit über 200 Bullen und klauen es. Es nervt sie auch, daß die Gefangenen und der bewaffnete Kampf bei uns keine Berührungsängste hervorrufen, daß wir auch mit anderen drüber reden, daß beim Hungerstreik ganz viele Menschen die Zusammenlegung forderten. Wir haben ein grundsätzlich solidarisches und politisches Verhältnis zu allen um Befreiung kämpfenden Menschen, egal ob sie ihren Kampf in der Legalität oder Illegalität führen. Dieses Verhältnis ist es, was sie juristisch ausschlachten wollen.
Sie kriegen die RAF nicht tot.
Deswegen führen sie ihren ersten Gegenschlag gegen die Gefangenen: Zellenrazzien und Verschärfung der Haftbedingungen. Vor einer Woche verhafteten sie Ute und Holger. Sie stehen unter Fahndungsdruck, so versuchen sie sofort, die beiden als Mitglieder der "Kommandoebene der RAF" zu verkaufen. Sie wollten Ute und Holger 1988 den Prozess machen. Ihr Vorwurf: Die beiden hätten 1985 eine Veranstaltung in Detmold zur Freilassung des haftunfähigen Günther Sonnenberg und zur Zusammenlegung mitorganisiert. Sie zogen es vor, sich dem Zugriff der Justiz zu entziehen. Christoph von Hören wurde in dem gleichen Verfahren zu 18 Monaten Knast verurteilt.

Auch wir haben schon öfter derartige Veranstaltungen organisiert, und Fritz haben sie wegen angeblicher Veröffentlichung eines Beitrags zur Zusammenlegung in den Knast gesteckt. Wir finden es allemal in Ordnung, wenn Leute sich nicht der Justiz unterwerfen und trotz eines Haftbefehls versuchen, ihr Leben zu organisieren. Es ist uns da ziemlich egal, ob der Ausweis dafür aus einem bei uns aufgebrochenen Auto oder von sonstwoher stammt.
Wir nehmen diesen Angriff auf uns sehr ernst. Dabei haben wir die Geschichte der Düsseldorfer Kiefernstrasse vor Augen, wo die Schweine 87 eine Großrazzia machten und nach und nach sieben BewohnerInnen verhafteten, um sie dann teilweise für bis zu zehn Jahre in ihre Hochsicherheitstrakte einzusperren. Damals gab es die haarsträubendsten Konstruktionen, wie: "wer hat mit wem wie oft geredet und ist deswegen Nitglied einer terroristischen Vereinigung", wer benutzt bei Briefkontakten mit Gefangenen ähnliche Ausdrücke wie bei einem Bekennerschreiben"...Damals kam ihnen die Unklarheit und Unentschlossenheit der BewohnerInnen wie auch die Distanzierung von Aussen zugute.
Die Geschichten von "RAF und Hafenstrasse" kam schon immer kurz vor einer Zeit verstärkter Räumungsversuche des Senats:

- So war es 85 (Stichwort TAZ Interview mit Lochte) und kurz darauf der Räumungsversuch vom 5.12., von dem wir erfuhren und den wir abwehren konnten.
- So war es während der Wiederbesetzung: Sie hetzten gegen eine von uns, die während des Hungerstreiks 80/81 für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen und die Freilassung der Haftunfähigen an der Besetzung eines DPA Büros beteiligt war. Sie gehörte damals zu unserer "Verhandlungsdelegation" mit Dohnany.
- So ist es heute: Ihre Räumungsmaschine läuft - seit letzte Woche haben sie das erste vollstreckbare Räumungsurteil für eine Wohnung.

Damit sind sie schon mehrfach gescheitert -
so soll es auch diesmal sein



Was haben Linke in der BRD und der

Am 22.12. fand eine Veranstaltung der FAU in der Flora statt, zum Thema DDR und mit Podiumssbesetzung aus derselbigen.
Im Anschluß an die Veranstaltung unterhielten wir uns mit den beiden Angereisten.

Die Umweltbibliothek

Till Böttcher stammt aus dem demokratischen Sektor Berlins.
Er arbeitet in der Umweltbibliothek in Berlin mit.
Die Umweltbibliothek wurde im September 1986 gegründet. Ziel war ursprünglich im Privatbesitz befindliche Artikel, sei es aus der DDR oder BRD einer größeren Leserinnenschaft zu erschließen. Die Umweltbibliothek ist aus dem Friedens- und Umweltkreis, sowie anderen unterschiedlichen politischen Bereichen entstanden.
Seit 1986 gibt die Bibliothek die "Umweltblätter" heraus, die monatlich erscheinen. Die "Umweltblätter" waren der Versuch ein alternatives Infonetz zu schaffen, welches nicht der staatlichen Zensur unterliegt und die Bevölkerung mit anderen Inhalten konfrontiert als die Staatsmedien.
Zur Zeit der Mahnwachen in Ost-Berlin kam der Wunsch auf eine aktuelle, wöchentliche Zeitung zu haben. So gibt es seit dem Oktober 1989 den "Telegraph", der je nach Informationslage alle 4-8 Tage erscheint. Die "Umweltblätter" wurden dafür kurzfristig eingestellt, sollen demnächst aber wieder erscheinen.
Bis zur Öffnung der Staatsmedien besaß die Umweltbibliothek ein Infomonopol bei Alternativmeldungen.
Aufgrund ihres basisdemokratischen Aufbaus, der sich auf ein breies Spektrum der Polit- und Ökoo-Szene stützt, welches von Kirche von unten, über Trotzkisten, Rätekommunisten bis zu Anarchisten reicht, war die Bibliothek vor der "Wendee" beliebtes Ziel der Repression und von Verleumdungendes Staates.
Im November 1987 fand ein Überfall der Stasi auf die Umweltbibliothek statt, wobei Leute verhaftet und Gerätschaften beschlagnahmt wurden. Vorwurf war der Druck der Zeitschrift "Grenzfall", die nicht für den innerdienstlichen Kirchengebrauch bestimmt war. Diese Nische des innerdienstlichen Kirchengebrauchs war die einzige Möglichkeit die Zensur zu umgehen und ein Infosystem aufzubauen.

Die Verhaftungen und Ermittlungsverfahren, die sich bis zum Januar 1988 zogen, führten zu einer aktiven Solidarität mit den Verfolgten und zu den ersten Mahnwachen vor Kirchen.
Durch die Solidarität vieler Menschen werden die Verhafteten freigekämpft und die Ermittlungsverfahren eingestellt.
Die beschlagnahmten Wachsmatritzenmschinen fehlen bis heute.(Die eine von 1900 mit Einzelblatteinlage, was die Schwierigkeiten der DDR-Opppsition deutlich macht)
Was uns verwunderte war natürlich die gedeihliche Zusammenarbeit von ideologisch so unterschiedlich ausgerichteten Menschen unter dem Dach der Bibliothek.
Das wurde uns so erklärt, daß sich die Repression der Staatsmacht unterschiedslos gegen jede Art von abweichendem Verhalten richtete, sodaß für alle Gruppen die Konturen des Systems klar waren, woraus eine Solidarität entstand, die es den Menschen ermöglichte, über die ideologischen Barrieren hinweg auf ein Thema hin gezielt zusammenzuarbeiten.
In der DDR wurden diese Kontroversen allerdings auch nie ausgetragen, sodaß jetzt im "Rectsfreien Raum" , wo sich alle politischen Gruppen uneingeschränkt betätigen können,
Ausdifferenzierungen in Bewegungen und Parteien teilweise stattfinden. Auch die Bibliothek ist davon betroffen.
Neben dem Cafe und der Galerie, die der Bibliothek angeschlossen sind, wird im Moment über den Ausbau zu einer Agentur für alternative Meldungen nachgedacht..

Malte Lass kommt aus deranarchistischen Richtung. Er kommt aus Rostock, verbringt aber mittlerweile einen Teil seiner Zeit in Berlin.
In Rostock bestand die Arbeit aus der Herstellung und Verbreitung anarchistischer Flugblätter.Im Moment versucht er über die Gewerkschaftsarbeit an Menschen heranzukommen, die ansprechbar sind für syndikalistische Ideen.Außerdem soll die Zusammenarbeit mit Anarchisten in Basisgruppen und anarchistischen Zirkeln verbessert werden.
Unter den Anarchisten in der DDR besteht die Tendenz zu abgeschlossenen Bereichen auf Basis kommunalistischer Ideen.Autarkie durch Siedlungsprojekte und alternatives Handwerk.

Die Repression

Die Repression in der DDR bestand aus Zuführungen zur Polizei oder Stasi, z.B. nur wegen eines fehlenden Ausweises bei der obligaten Straßenkontrolle. Dieses ständige kalkulieren, was mensch wann, wo, zu wem sagen darf. Es dürfte eine Zeit dauern, bis die Menschen diese, im Spitzelstaat erworbene Mentalität des Mißtrauens ablegen.
Till gehörte zum Beispiel zu den drei Leuten, die auf der Rosa Luxemburg Demo im Januar 1988, gestaltet zum abfeiern der Staatspoltik, die ein Transparent trugen mit dem Luxemburg-Satz "Freiheit ist auch immer die Freiheit des Andersdenkenden". 100-200 Ausreisewillige hatten sich unter die Demo gemischt.
Till saß dafür 21 Tage im Knast, es folgten Prozeß und Verurteilung zur Haft, die nur aufgrund der Solidarität der Bevölkerung und dem Bekanntheitsgrades des Falles in eine Bewährungsstrafe umgewandelt wurde. Einer der Tranparentträger geht aus dem Knast in den Westen, die beiden Anderen wurden als Beispiel benutzt: Wer bleiben wolle könne auch bleiben.
Die Plitik der Honecker-Regierung bestand draus, gesellschaftliche Mißstände nicht zu benennen und zu verschweigen um Ruhe im Land zu haben. Alle, die diese Ruhe störten und der offiziellen Staatspolitik entgegentraten gehörten nicht ins Land. Der durch Drohungen erzwugene Westübertritt war für die DDR-Führung immer ein Regulator zur Kleinhaltung des, für sie, politisch unangenehmen Potentials.
So sind heute die Zentren des Widerstandes Leipzig, Dresden und Berlin, aber von Jena einer ehemaligen Hochburg der Opposition hört mensch so gut wie nichts mehr. Dies liegtdaran, daß in Jena unterschiedliche Generationen der Basis-Opposition durch die massive Repression augaben und in den Westen gingen. So lief sich Jena als Zentrum tot, da die jeweilige Zerschlagung der Aktiven zu einer hohen Fluktuation in der Bewegung führte, und eine kontinuirliche Arbeit unmöglich machte.Frustrierend für die Aktiven war auch immer,
über Jahre, der mangelnde Widerhall in der Bevölkerung, was auf die Dauer eine große Kluft zum eigegangenen Risiko schuf.Die Opposition wurde mit Paragraphen verfolgt, wie : Zusammenrottung zur staatsfeindlichen Aktion; Andere Gummiparagraphen hingen von der Stimmungslage der jeweiligen Machthaber in ihrer Richtung bestimmt. So wurde jede abweichende , politische Arbeit kriminalisiert.
Abgeschreckt wurde das Umfeld von Aktivistinnen durch Zuführungen, bei denen den Menschen deutlich die Konsequenzen aufgezeigt wurden, wenn sie den Kontakt zu den Aktivistinnen aufrechterhielten. Diese Taktik lief, wie das Einstellungverbot für Oppositionelle, was den Menschen die materielle Grundlage entzog, auf die Isolierung, Aufreibung und das Fertigmachen der Menschen hinaus, bis sie "freiwilig" in den Westen gingen.


Die Zukunft der Mauer

Bei Menschen die offizielle Ausreiseanträge stellten kam es zu einer Art Sippenhaft für die ganze Familie. Auch sie mußten sich durch jobben, Arbeit bei der Kirche, in Privatbetrieben oder durch eigene Reserven über Wasser halten.
Dies jahrelang und unter ständiger Gängelung und Erniedrigung durch Behörden und Bullen.
Allerdings wurden diese Ausreiseinnen in den Jahren auch politisch bewußter und versuchten ihre Gängelungen öffentlich zu machen.
Es gab in der DDR auch viele die versuchten innerhalb der Strukturen(SED) etwas zu verändern, die aber steckenblieben und/oder aufgaben.
So wären selbst bürgerliche Rechte in der DDR ein Lichtstrahl gewesen.

Perspektiven in der DDR

Auf die Frage ob überhaupt noch eine Chance für die Basisgruppen besteht, die Niedervereinigung zu verhindern, gab es folgende Antworten:

Täterä gemeinsam ?   Null Chance

Es sei die Schwierigkeit, die Idealvorstellungen mit realer Arbeit zu verbinden. Die Einschätzung geht in die Richtung, daß aufgrund der reellen Lage in der DDR, nur die Voraussetzungen für die spätere Arbeit beeinflußt und verbessert werden können. D. h. im ökologischen Bereich, bei Umweltstrafen und der dazugehörigen Gesetzgebung.
Ansonsten liefe momentan alles auf eine Vertragsgemeinschaft hinaus, wobei die nicht legitimierte Modrow-Regierungalles tut, z.B. durch Vertragsabschlüsse, die am 6.5.1990 zu wählende Regierung vor voo llendete Tatsachen zu stellen,
Das bedeutet Sachzwänge zu schaffen für die weitere ökonomische Entwicklung der DDR und eine Sperre einbauen für den Erhalt der Militärblöcke.

von Lutz Rathenow, Berlin (Ost)

Zu den Gesprächen am Runden Tisch, den es auch regional gibt, wurde eine Basisgruppe, wie die Bibliothek nicht eingeladen. Allerdings legte die Umweltbibliothek auch nicht soviel Wert darauf, da in ihren Augen der Runde Tisch nur die momentane Politik und Konzeptlosigkeit legitimieren soll, Außer das die am Runden Tisch beteiligten Gruppen und Parteien durch die Möglichkeit der Selbstdarstellung Wahlkampfpolitik betreiben , hat der Runde Tisch keine Funktion und ist ein Labberparlament und gibt Modrow die Rückendeckung, tatsachen zu schaffen. Dies geschieht durch die beteiligten Gruppen jedoch nicht bewußt.
Das wäre vielleicht anders, wenn der Runde Tisch Regierungsbefugnisse hätte, d.h. wenn seine Beschlüsse von der Regierung umgesetzt werden müßten.
So schafft die Modrow-Regierung Tatsachen, wie die Rekapitalisierung, mit der die DDR-Gesellschaft sich nach dem 6.5. abfinden muß.
Der Modrow-Regierung bleibt, da das Land ökonomisch am Boden und politisch entmachtet ist, nur die Wahl den Menschen etwas zu bieten, um zu verhindern das noch mehr abhauen und das Land vöölig ausblutet (Medizinischer Notstand, Schließung von Krankenhäusern z.B.) und natürlich um einen Teil der Macht zu erhalten und /oder wiederzuerobern.
Da die Bevölkerung den momentanen Zustand der DDR nicht lange tragen würde, werden Konsum- und Leistungsreize geboten, nach dem Motto: Für die Arbeit die ich leiste, kann ich mir etwas leisten. Diese Ansprüche können am schnellsten über eine Marktorientierung nach kapitalistischem Vorbild erreicht werden. Demokratie in der Wirtschaft findet da natürlich keinen Platz. Im Moment wird über die Einführung des drittelparitätischen Betriebsrates nach BRD-Modell nachgedacht.

Perspektiven "der" Linken in der DDR

Für die Linke ist es schwierig ihre Ideen, die bisher auch nicht zum einem einheitlichen Konzept vereinigt werden konnten an die Bevölkerung zu vermitteln. Außerdem werden die vorhandenen linken Ideen nicht populär formuliert, linke Ideen sind in der DDR momentan ohnehin weitestgehend diskreditiert und finden wenig Nährboden in der Bevölkerung.Das hat zur Folge, daß ein Großteil der Bevölkerung auf Konföderation/Wiedervereinigung abfährt, weil sie keinen anderen Weg sehen, das Machtvakuum in Politik und Wirtschaft zu füllen.
Auf die Frage, warum die Idee , die Betriebe in Selbstverwaltung unter Kontrolle zu bekommen unter den Arbeiterinnen so wenig Anklang findet kam die Antwort: Vor der "Wende" wurden die Arbeiterinnen von der Parteileitung, der Gewerkschaft, dem Vollzugsorgan der Partei und dem Betriebsleiter aus den Reihen der SED gegängelt. Es gab weniger Mitsprache als in jeder BRD-Klitsche.
Woher soll das Wissen kommen, wie Selbstverwaltung auch nur im Ansatz läuft ?
Außerdem läuft kaum eine Auseinandersetzung über den weiteren gesellschaftlichen Weg der DDR in der Bevölkerung. Es herrscht Konsumverhalten vor, sowie der Willen der Menschen, nicht noch einmal mit sich "experementieren" zu lassen. Da die SED selbst, die BRD zum Maß aller Dinge gemacht hat(einholen/überholen) und solange die Menschen in der DDR nur die Schaufenster im Westen sehen, und nicht die Arbeitsämter, Obdachlosen und Dealer, werden sie weiter dem einfachsten Weg folgen und dem westlichen Vorbild nacheifern.
So bleibt für die Linken nur der Versuch soziale Sicherungen in das System einzubauen und eine Dezentralisierung der Wirtschaft bei sozialistischer Marktorientierung, um die vom Staat gesetzten Konsumbedürfnisse zu befriedigen und etwas vorzeigen zu können, zu erreichen.
Die Frage bleibt, wie die Linke ihre Inhalte populär macht und im gesellschaftlichen Diskussionsprozeß durchsetzt. Dabei ist es wichtig innerhalb der Linken einen Konsens für eine gemeinsame Strategie zu finden. Dies wurde bisher versäumt und muß schnellstmöglich nachgeholt werden. Der Versuch dazu war das Treffen der Vereinigten Linken. Nach dem Treffen gab es verschiedene Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Problemfeldern. Die Entwicklung ist aber noch nicht abgeschlossen und es liegen noch keine Ergebnisse vor.
Allerdings war das Treffen der Vereinigten Linken lange nicht so gut besucht, wie



Alex am 25.11.1989

vielleicht erwartet und die Diskussionskultur schreckt viele ab. Vorschläge die nicht wissentschaftlich vorgetragen werden, werden "totgeredet" oder nicht ernst genommen. Wer seine Meinung nicht ernstgenommen sieht, bleibt natürlich irgendwann weg.
So gibt es aktives Intrigantentum innerhalb der VL, welches einige Gruppen abschreckt, die prinzipiell bereit wären, in einer gleichberechtigten VL mitzuarbeiten. Betteln um Aufnahme tut aber niemand.
Bleibt die Hoffnung , daß dies Anfangsschwierigkeiten, der erst seit kurzem öffentlich arbeiten könnenden oppositionelle Linken sind.Die Basisgruppen stehen schon wieder mit den Rücken zur Wand, während sich die ehemaligen Blockparteien etablieren, von Springer Maschinen bekommen und sich mit ihren Schwesternparteien in der BRD vernetzen.Diskussionen im Radio und Fernsehen werden von der SED, den Blockparteien und dem Neuen Forum(Einzelmeinungen) bestimmt.Für andere Gruppen bleibt kaum Platz. Es fehlt aber die Durchsichtigkeit für die Menschen, wie es mit der DDR weitergehen soll. Es fehlen Konzepte. Bei den Menschen treten schon wieder Frustationen auf. Sie sind auf die Straße gegangen, die "Wunde" ist da und damit bürgerliche Freiheiten und Bananen, aber kein Konzept zu erkennen und öffentliche Diskussionen finden auch nicht statt. Bis zu den Wahlen werden sich die Programme der einzelnen Gruppierungen und Parteien differenzieren, bei einigen auch hin zu einem dritten Weg.
Im Moment, wo keine Konzepte zu erkennen sind, sehen die Menschen nur den Kapitalismus, als einfache Antwort, ohne das die Menschen richtig davon überzeugt sind.
Allerdings würde es in der DDR noch bessere Chancen für linke Konzepte(wenn es sie denn gebe) geben, als in der BRD, da die Leute noch erreicht werden können und noch alles lesen.
Am 4.11. gab es eine Millionendemo in Ost-Berlin, wo in dem Aufruf zur Demo aufgefordert wird, für einen schöpferischen Sozialismus und Konmunismus auf die Straße zu gehen. Im Moment ist auch noch einiges möglich: So hat die Wirtschaftsministerin Luft Vorschläge von Komitees zur Wohnraumsituation aufgenommen, daß Leute die einzeln, in vergleichbar großen Wohnraum wohnen, mehrköpfige Familien subventionieren sollten, die weniger Wohnraum pro Person haben. Die Schwierigkeit ist natürlich,

daß bestimmte, in der DDR existierende Gruppen, in den Westmedien totgeschwiegen werden.

Kritik an der BRD-Linken:

Die DDR richtet an die BRD-Limke die Forderung sich endlich mal zu einer STellungnahme durchzuringen, die sich differenziert mit der Entwickung in der DDR auseinandersetzt, einen Konsens darstellt, und auch in der DDR rüberkommt. Diese Bewertung besteht, weil die DDR-Diskussionen in der BRD Linken 40 Jahre verdrängt wurde und auch jetzt keine Stellungnahme zur DDR rüberkommt, höchstens einige Individualeinladungen.Die Antiimps betrachteten die SU und die DDR jahrelang als Hinterland gegen Imperialismus und jubelten ihnen unreflektiert zu. Sie hätten mal einen Tag versuchen sollen, ihre Inhalte in diesen Ländern zu propagieren, dann hätten sie gemerkt, war für repressive und imperialistische Staaten das waren.
Wenn die Linke in der BRD sagt - Wiedervereinigung, nein Danke- , was auch die Meinung der DDR-Aktivisten widerspiegelt, geschieht dies auch auf dem Hintergrund der jahrelangen Tabuisierung oder sogar Hochstilisierung des sozialistischen Systems in der DDR. Die DDR war jahrelang Nicht-Thema, da es bei einer Überprüfung der Positionen zurDDR auch zwangsläufig zu einer Auseinandersetzung über die eigenen politischen Ansichten gekommen wäre. (z.B. Staatssozialismus).So wurde meist der Satz abgewandelt, wer nicht für uns ist, ist gegen uns, in der Feind meines Freundes sagt die Wahrheit und die Gesellschaften und Stellungnahmen aus dem Ostblock oft kritiklos akzeptiert. Dies gilt auch umgekehrt für die DDR-Linke, die oft eine rosig Vorstellung von dem Westen haben. Durch den persöhnlichen Kontakt wollen die Beiden den Diskussionsprozeß über die DDR innerhalb der BRDLinken ankurbeln. Wenn sich die DDR- und BRD- Linke als ideenverwandt begreifen, wird die Chancefür einen 3. Weg in der DDR gesehen. Nur über die Zusammenarbeit ergibt sich diese Chance, da die Einschätzungen dahin gehen, daß die DDR-Linke diesen Weg nicht alleine schafft. Das heißt aber nicht, daß nur noch die DDR Thema sein sollte und andere Probleme verdrängt. Auch in der DDR besteht die Tendenz innerhalb der Linken sich Nischen zu suchen(z.B. Hausbesetzungen), statt sich am gesellschaftlichen Diskussionsprozeß zu beteiligen und zu versuchen diesen mitzugestalten, obwohl dies in der DDR noch möglich scheint. Stattdessen werden sich Etiketten aus dem Westen geholt (Autonome). Schlagworte und Oberflächlichkeit nehmen zugunsten der Inhalte zu (erreichen teilweise schon BRD-Niveau), was auch eine Abgrenzung signalisiert. Eine revolutionäre Bewegung bekommt Mensch aber nicht hin, wenn Menschen, die für die Wiedervereinigung sind, pauschal als Nazis beschimpft werden. Denn so verhärtet sind die Fronten noch garnicht. Den durch Orientierungslosigkeit ausgelösten Wiedervereinigungsgeschrei kann Mensch nur mit guten Argumenten entgegentreten und damit auch noch Meinungen verändern.


Nazis raus in DDR und BRD

Frauen:

Die Frauenfrage scheint in der DDR und auch in der DDR-Linken noch nicht einmal ein Nebenwiderspruch zu sein,.da sie in den meisten Papieren, z.B. zum Treffen der VL, garnicht oder in einem Halbsatz ("Emanzipiationsforderung") abgehandelt wird. Gänzlich außer Reichweite scheint der Gedanke, daß ohne vollständige Emanzipation der Frauen, auch ine von den Menschen selbstverwaltete Ökonomie nichts wert ist.

Stattdessen herrscht bei Treffen der DDR-Linken bei Frauenthemen und wenn Frauen das Wort ergreifen ausgelassene Stammtischstimmung. Da gibt es bei den Männern eine Menge aufzuarbeiten.
Die Emanzipation der Frauen in der DDR ist selbst im Vergleich zur BRD eine einzige Katastrophe, da es nie eine breitere Frauenbewegung gab, die für die Rechte der Frauen kämpfte. Erst 1981 bildete sich um Katja Havemann die erste relevante Frauengruppe, "Frauen für den Frieden", die auf größere Resonanz stieß und zur Gründung mehrerer anderer Gruppen führte.
Vorher gab es nur SED und DFD(Demokratischer Frauenbund Deutschland) , die nie auf frauenspezifische Themen eingingen. Der DFD war ein Handlanger und ein Integrationsverein der SED, um Frauen von ihren Problemen abzulenken. Seine Aktivitäten beschränkten sich auf Kaffeetrinken und stricken. Da wurde immer am 8.3. der Frauentag mit großem Pomp abgefeiert und Frauen die nach Arbeit, Überstunden, ihre Kinder aus dem Kindergarten abholten und versorgten und anschließend die Arbeitskraft ihres Mannes reproduzierten, wurden für ihre heldenhafte Arbeit ausgezeichnet.
Dafür gibt es bis heute keine gesetzliche Regelung der Nacht- und körperlich, schweren Arbeit für Frauen. Frauen die in der DFD-Zeitschrift "Für Dich" frauenspezifische Themen diskutieren wollten, wurden abgewimmelt und sogar bei der Stasi denunziert. Ein weiteres Problem war die Informationsbeschaffungfür Frauen, da alle Grundlagenliteratur aus der BRD eingeschmuggelt werden mußte, da alle Verlage der DDR im Besitz der SED waren.

Ein anderes Problem war, daß fast alle Frauen in der DDR, aufgrund des Arbeitskräftemangels und der niedrigen Löhne zwangsweise arbeiten mußten. Zusammen mit Kinderversorgung und Haushalt blieb da wenig,



Soldaritätskundgebung auf dem Alex am Tag der Göttinger Demo 25.11.

bis gar keine Zeit sich mit frauenspezifischen Problemen zu beschaftigen. Da Frauen beim Besuch der Erweiterten Oberschule und der Universität benachteiligt sind, gibt es kaum Frauen, die mehr Zeit für ihre Probleme aufwenden können. So gibt es viele selbstbewußt auftretende Frauen in der DDR, die aber ein wenig ausgeprägtes Bewußtsein für die Frauenproblematik haben. Zum Beispiel die Vergewaltigung in und außerhalb der Ehe wurde nie thematisiert.
Die bekannteste von den heutigen Frauengruppen in der DDR ist die Lila Offensive, die Teil der Frauendachorganisation ist und die gesellschaftliche Offensive gegen hierarchische Verhältnisse propagiert. Sie haben mittlerweile einen Beobachterinnenstatus am Runden Tisch erreicht. Bezeichend ist, daß sich keine Gruppierung am Runden Tisch für die Zulassung der Lila Offensive als stimmberechtigtes Mitglied eingesetzt hat.
Da unter den Besuchern aus der DDR auch keine Frau war, ließ sich das Thema nicht sehr erschöpfend klären und Bedarf der weiteren Nachfragen.

__Schlußbemerkung__
Wir werden den Kontakt zur Umweltbibliothek ausbauen. Zum nächsten Mal versuchen wir einen Bericht über Rassismus in der DDR zu bekommen, Ergebnisse der VL-Konferenz zu erhalten und die Stellungnahme einer zur Situation der Frauen in der DDR zu erhalten.

Adresse der Umweltbibliothek:
Griebenowstraße 16, Berlin 1850;

Der "Telegraph" ist momentan über die FAU(Lagerstraße) erhältlich.

EL SALVADOR: Offensive der FMLN

Seit dem 1. November ist von der FMLN, der Befreiungsfront Farabundi Marti in El Salvador eine Großoffensive ausgerufen worden.

Seit fast zwei Monaten ist das kleine mittelamerikanische Land Schauplatz von Kampfhandlungen zwischen den Regierungstruppen der rechtsextremen Regierung, die die Interessen einiger Großgrundbesitzer und Kaffeebarone vertritt, und einer wohl ausgebildeten Guerilla, einer Volksarmee, die hinter sich die breite Unterstützung der Opposition des Landes weiß.
Die Mittel in diesem Kampf sind ungleich verteilt. Während sich die USA nicht scheuten, ihre Zusammenarbeit mit der Regierung in El Salvador auch dann nicht aufzukündigen, als im März dieses Jahres die rechtsextreme ARENA sich als Wahlsieger präsentierte, und die finanzielle Unterstützung der Aufstandsbekämpfung auch weiterhin üppig fließen lassen, Militärberater, Kriegsgerät, technisches Know-How und schließlich Bomberpiloten nach El Salvador senden, ist die PMLN auf gut geplante Aktionen angewiesen, in denen sie militärisch ihre Stärke und ihren Rückhalt in der Bevölkerung beweist.
Die militärische Lösung des seit zehn Jahren schwelenden Konflikts in El Salvador, dessen herrschende Clique, etwa neunzehn Familien, sich wenig um die Belange der Landarbeiter und Tagelöhner schert - so sind eine Landreform und ein gerechtes Lohnsystem nie eingelöste Forderungen der gewerkschaftlichen Organisationen - ist als Zuspitzung einer unhaltbaren Situation des Landes anzusehen. Todesschwadrone veröffentlichten Mordlisten in den Zeitungen des Landes. Ziele der Killer, die in den Reihen der Militärs zu suchen sind, sind Oppositionelle, die in Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Frauenkommittees, Flüchtlingshilfegruppen und kirchlichen Organisationen aktiv sind. Das Mittel ist blanke Repression, Einschüchterung durch Festnahmen und Folterungen und schließlich das Verschwindenlassen von Personen als brutale Absage an jeden und jede, die sich auf dem Weg öffentlicher Bekundung gegen ein System der Unterdrückung zur Wehr setzen.



Die Kehrseite der herrschenden ARENA, mit d`Aubuisson als Gründer der Todesschwadrone und Ricardo Valdivieso als ihrem Financier (beide sind heute trotz ihrer Verantwortung für den Mord an Erzbischof Romero 1980 längst wieder auch auf internationalem Bodem rehabilitiert, Valdivieso ist heute Vizeaußenminister), zeigt sich ebenso zynisch in der praktischen Weigerung, auf diplomatischem Weg eine Lösung in Form von Verhandlungen herbeizuführen. Initiativen zu einer Verhandlungslösung, die als ein nationaler Dialog von einem breitem Bündnis der Volksorganisationen und kirchlicher Gruppen unterstützt wurde, gab es mehrfach innerhalb der letzten Jahre. Die Lösungsvorschläge der FMLN, die im Frühjahr die Verschiebung der Wahlen auf einen Zeitpunkt vorsahen, der eine Garantie für ein demokratisches Wahlverfahren hätte geben können, mit einer Vorbereitungszeit von mehreren Monaten und der Sicherung einer repressionsfreien Atmosphäre, wurden von der Regierung abgebügelt. Weiteren Treffen wurde die Ernsthaftigkeit dadurch genommen, daß man es nicht für nötig hielt, entscheidende Regierungsvertreter in den Dialog mit der FMLN zu entsenden.
Der Bombenanschlag vom 1. November 1989 auf die Gewerkschaftszentrale in San Salvador, der elf Menschenleben forderte und gerade zu dem Zeitpunkt geschah, als eine neue Dialogrunde in Gang gesetzt werden sollte, setzte einen Schlußstrich unter ein Kapitel ergebnisloser Versuche, eine Änderung der Machtverhältnisse auf diplomatischem Weg herbeizuführen.

Mittlerweile war die FMLN zu einer disziplinierten Kampftruppe gewachsen, die sich in kleineren Einheiten auf den "Kampf in den Städten" vorbereitet hatte. Ein companero erzählt von seinen Erfahrungen bei der Bildung eines Stadtkommandos:

> "Wie ich schon erwähnt habe, waren die Aktionen in San Salvador praktisch eingestellt worden. Wir versuchten also, die Stadt wieder einzunehmen. Wir mußten uns ständig von einem Ort zum anderen bewegen, direkt in der Stadt, praktisch im Vorgarten unseres Feindes. Manchmal bewegten wir uns nur wenige Kilometer und oft nur Meter von den Augen des Feindes entfernt, oder waren gezwungen, direkt in der Nähe zu übernachten. Ein anderes Mal mußten wir die Stadt mit Gewehren bewaffnet durchqueren. All diese Aktionen prägten die Einheit."

Als am 11. November 1989 die Offensive "Es lebe Febe Elisabeth" ausgerufen wurde (eine Gewerkschafterin, die beim Anschlag auf das Büro des Gewerkschaftsdachverbandes FENASTRAS ermordet wurde), hatten die Menschenrechtsverletzungen in El Salvador ein Ausmaß erreicht, das mit der Ermordung von sechs Jesuitenpatern und den Zeuginnen, zwei Hausangestellten, durch Angehörige der Militärs auch die internationale Öffentlichkeit erreichte und die Skrupellosigkeit des rechtsextremen Christiani-Regimes für kurze Zeit in die Medien brachte.

Seither herrscht jedoch bei uns Schweigen über die Ereignisse in El Salvador, wo immer noch der Ausnahmezustand und der Krieg das Leben in dem Land prägen und behördliche Verfügungen, z.B. die unbegründete längere Festnahme von Personen, die Willkürherrschaft und den Handlungsdruck der ARENA-Regierung offenbaren.
Wir können nicht warten, daß der Krieg, der nun schon tausende von Opfern gefordert hat, durch eine militärische Lösung entschieden wird. Angesichts der Kräfteverhältnisse sind ein militärisches Eingreifen der USA ebenso vorstellbar, wie eine Ausdehnung des Konflikts auf die gesamte Mittelamerikaregion. Daß gleichzeitig mit der Offensive eine Propagandamaschinerie angelaufen ist, die sich in Diffamierungskampagnen gegen Länder wie Nicaragua und Kuba ausdrückt und versucht, die FMLN auf internationaler Ebene als Terrorbande zu diskreditieren, zeigt sich bereits erfolgreich in den Einschätzungen bundesdeutscher Politiker, z.B. dem Entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU Winfried Finger, der den Mord an dem Jesuiten Ellacuria durch Todesschwadrone ursächlich der Guerrilla anlasten will, die den "Gegenterror" der Todesschwadrone durch ihren "Terror" der Offensive ausgelöst habe.

Wen wundert es, daß die Bundesregierung, die über ihre Entwicklungshilfepolitik gemeinsame Sache mit der rechtsradikalen Regierung in El Salvador macht und das Konzept der Aufstandsbekämpfung durch Projekte unterstützt, die auf eine Beibehaltung des Status Quo abzielen und keineswegs eine dauerhafte Bekämpfung von Armut und Not im Auge haben, die Fakten verleugnet, herunterspielt oder verdreht. Es genügt, die Praxis bundesdeutscher Entwicklungshilfe genauer zu betrachten, um zu begreifen, daß die Forderung nach einem bedingungslosen Stopp deutscher Entwicklungshilfe an das mörderische Regime in El Salvador zum Ziel hat, die bundesdeutsche Komplizenschaft zu entlarven. Durch internationalen Druck muß dafür gesorgt werden, daß die Regierung in El Salvador geächtet wird: die Einstellung von US-Zahlungen an die rechtsradikalen Machthaber, die sich seit dem Amtsantritt Christianis auf 108 Millionen US-Dollar sogenannter Wirschaftshilfe, 90 Millionen US-Dollar Militärhilfe und 5 Millionen US-Dollar Polizeihilfe belaufen, würde immerhin bewirken, daß der Geldhahn für eine Politik der Unterdrückung zugedreht würde.

Wie sieht die Praxis bundesdeutscher Entwicklungshilfe in El Salvador aus, und warum kann es nicht genügen, die Zahlungen einzufrieren, bzw. an Bedingungen zu knüpfen, z.B. die Einhaltung der Menschenrechte oder die Aufklärung der Morde an Menschenrechtlern und Geistlichen, die sogenannte Konditionierung von Entwicklungshilfegeldern?
"El Salvador hat von 1984 bis einschließlich 1989 jährlich zwischen 60 und 70 Millionen DM an Entwicklungshilfe von der Bundesregierung zugesagt bekommen und war mit fast 300 Millionen DM an Zusagen für finanzielle und technische Hilfe das in Zentralamerika meist geförderte Land."
Obwohl die Frage der Finanzierung mit dem weiteren Rechtsruck des Landes nach den Wahlen im März, die Christiani mit 16% der wahlberechtigten Stimmen an die Macht brachten, im Juni erneut im Bundestag zur Debatte kam und abzusehen war, daß sich die Menschenrechtslage unter der rechtsradikalen Regierung verschärfen würde, wurde am 23. Juni 1989 ein mehrheitlicher Bundestagsbeschluß gefaßt, entwicklungpolitische Zusammenarbeit abhängig zu machen "von der Einhaltung der Menschenrechte, (sowie) der demokratischen Entwicklung in El Salvador."
"Die Unterstützung der Streitkräfte oder anderer Sicherheitsorgane...kommt in keinem Fall in Frage", hieß es weiter, was angesichts bewilligter Gelder nichts anderes bedeutete, als sich verbal aus der Affaire zu ziehen - fließen die Zahlungen doch in Projekte, die der Aufstandsbekämpfung dienen und in direkter Linie zur Regierung bzw. den Militärs führen.
Ein Beispiel solcher Projektarbeit ist ISDEM, ein staatliches Projekt, das die Gemeindeentwicklung fördern soll.





Es wird seit 1987 mit 3,567 Millionen DM unterstützt und für 1989 waren weitere 7 Millionen DM geplant, die in einen Investitionsfond für ISDEM fließen sollten.

Die Finanzierung von ISDEM, dem Salvadoreanischen Institut zur Gemeindeentwicklung, sollte zunächst die christdemokratische Duarte-Regierung dabei unterstützen, ihre Präsenz auf dem Land zu verstärken. Eine Organisation, mit der ISDEM zusammenarbeitet, ist das Salvadoreanische Institut für Gemeindeverwaltung ISAM, das über Jahre von der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert wird und als christdemokratische Einrichtung gilt.

ISDEM selbst wurde von dem ehemaligen Bürgermeister von San Salvador, Antonio Morales Ehrlich initiiert und vom Duarte-Sohn Alejandro während seiner Amtszeit als Bürgermeister von San Salvador gegründet.

Im Klartext bedeutet Gemeindeentwicklung die Kontrolle der Bevölkerung, offiziell deklariert als Förderung der Strukturen von Gemeinden, Gemeindeverbänden und Gemeindeverwaltungen in Zusammenarbeit mit ISDEM, über das in einem zweiten Schritt lokale Entwicklungsprojekte abgewickelt werden sollten.

Stellt man dem entgegen, daß in Gebieten El Salvadors, wo die Bevölkerung ständig den Ubergriffen der Militärs ausgesetzt ist, bereits 1988 damit begonnen wurde, selbstverwaltete Organisationsstrukturen ins Leben zu rufen, z.B. PADECOMSM, ein autonomer Zusammenschluß der Gemeinden Morazan und San Miguel, und daß die FMLN die Gemeindeverwaltungen bereits unter Duarte als "Brückenköpfe der Aufstandsbekämpfung" angriff, so wird deutlich, daß die kontinuirliche Weiterfinanzierung von ISDEM, das nun vollständig in den Händen von ARENA ist, eine angebliche Kontrolle der Entwicklungshilfegelder als Scheinbehauptung entlarvt.

Auch unter Christiani bleibt die Aufstandsbekämpfung eingebunden in die Ziele bundesdeutscher Entwicklungshilfepolitik. Diese Tatsache läßt sich jedoch nun nicht mehr vorbehaltlos verschleiern, wie es noch der Fall war, als die Christdemokraten eine scheindemokratische Regierung etablierten. Die Ubernahme von ISDEM durch ARENA bedeutet jedoch nun, daß offen polizeistaatliche und totalitäre Politik unterstützt und gefördert wird.

> "Innenminister Merino, enger Vertrauter von d'Aubuisson, baut das Innenministerium zur nachrichtlichendienstlichen Schaltzentrale zwischen Regierung, Regionalregierung und den Gemeindeverwaltungen aus. Die Kommunen und deren Bürgermeister stellen die Ausgangsbasis für ein nationales Spitzelnetz, polizeiliche Überwachung und Verfolgung. Die Finanzierung der kommunalen Entwicklung dient ARENA bei der Mobilisierung alter und neuer Anhängerschaft."

Es ist die gleiche ARENA, die Bombenangriffe auf Wohnviertel fliegen läßt und die von den USA bis an die Zähne mit Waffen vollgepumpt wird, deren Machtanspruch die Bundesregierung dnrch ihre Zahlungen legitimiert.

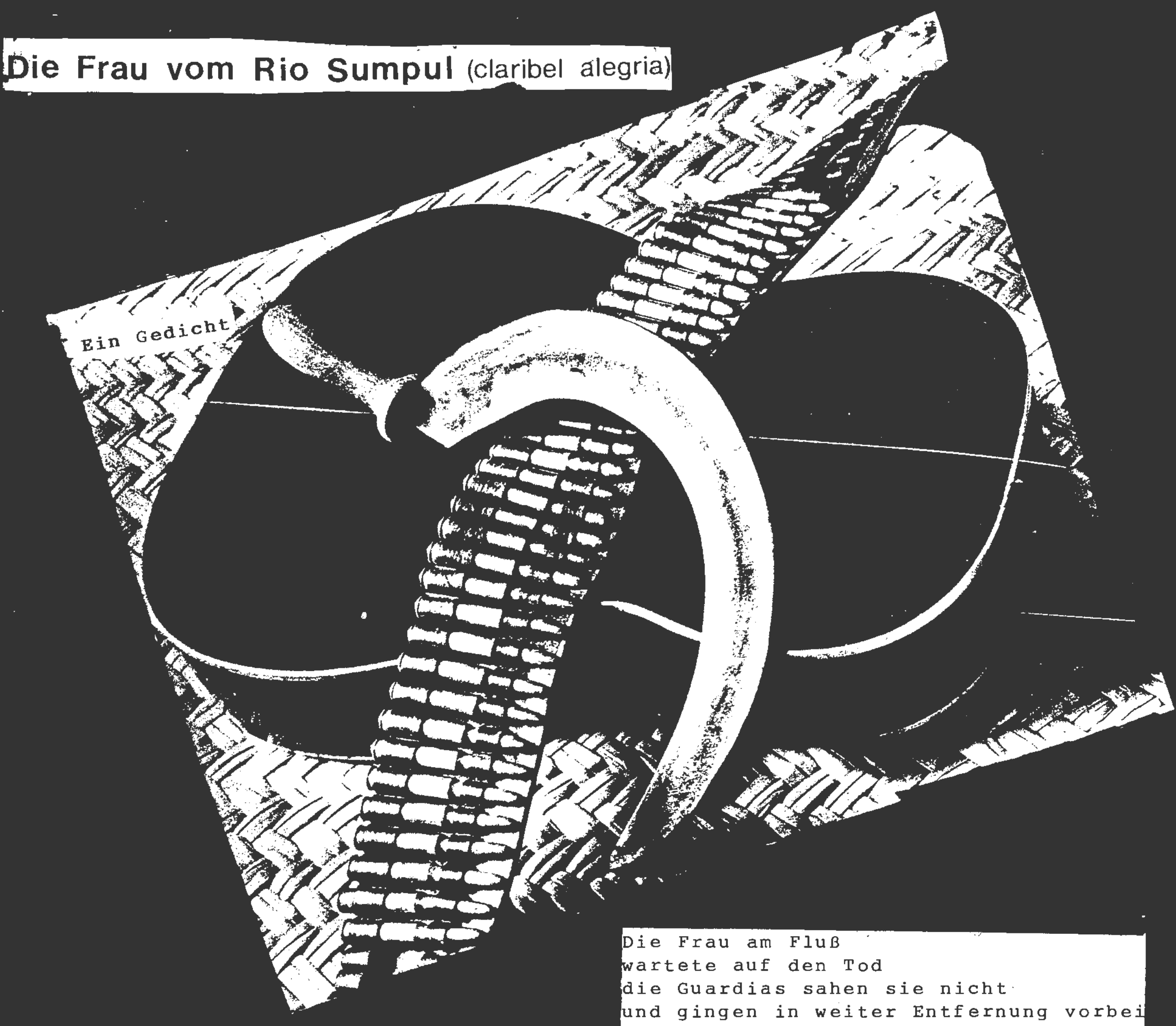
Es sollte klar sein, daß El Salvador nicht damit geholfen ist, daß die Bundesregierung die Massaker durch Todesschwadrone zwar verurteilt und eine Präsentation der Schuldigen fordert, weiter aber keine Stellung bezieht angesichts der verheerenden Situation in diesem Land, sondern zur Tagesordnung übergeht und glaubt, ihre Schuldigkeit gegenüber einer entsetzten Öffentlichkeit getan zu haben. Es wird ihr dadurch um so mehr erleichtert, eingefrorene Zahlungen wiederaufzunehmen, -sieht man einmal davon ab, daß der Bundestag am 1.12.1989 zwar die Einfrierung der Gelder für 1989 beschloß, sich jedoch nicht für einen Stopp der Entwicklungshilfe entschied und sich auch nicht dazu äußerte, an der laufenden Auszahlung der Mittel von 1987 und 1988 etwas zu ändern.

In Hamburg wurde jetzt damit begonnen, die Flut von Meldungen, die über Fax eintreffen, aber keine Öffentlichkeit finden, in einem EL SALVADOR INFO zweimal wöchentlich herauszubringen, um über die aktuellen Ereignisse in El Salvador zu berichten und Einschätzungen zur Entwicklung der Lage zu geben. Das Info liegt an vielen Treffpunkten aus, oder kann über El Rojito c/o U. Hauser, Thedestr. 69, 2000 HH 50 angefordert werden.

Am 22. Januar wird in Hamburg eine Veranstaltung zum Thema "Entwicklungshilfe" stattfinden. Dann findet bundesweit auch eine Aktionswoche zu diesem Thema statt.



Die Frau vom Rio Sumpul (claribel alegria)



Komm' mit mir
laß uns zum Vulkan hinaufsteigen
um zum Krater zu gelangen
muß man den Nebel zerreißen
dort drinnen
im Krater
brodelt die Geschichte
Atlacatl
Alvarado
Morazán
und Martí
und jenes ganz große Volk
das heute ein Wagnis eingeht

Steig hinab durch die Vulkane
zum Spiel des Grüns
das aufleuchtet
die Amates
die Aceiba
die Kaffeepflanzung
zwischen zwei Steinen
am Rande des Río Sumpul
dort blieb sie hingeworfen
mit dem Kind, das aus dem Wasserr
herauswill und mit ihrem eigenen.

Die Ameisen klettern an ihr herauf
über ihre Beine
sie bedeckt die Beine
mit noch mehr Blättern
und ihr Kind lächelt
und das andere, schweigend,
beobachtet sie
es hat die Guardias gesehen und
es hat sich nicht getraut zu sprechen
es hat sich nicht getraut zu sprechen
es hat sich nicht getraut zu sprechen
zu fragen

Die Frau am Fluß
wartete auf den Tod
die Guardias sahen sie nicht
und gingen in weiter Entfernung vorbei
die Kinder weinten nicht
es war die Virgen del Carmen
wiederholt sie sich schweigend
ein Geier in der Luft
zieht langsam Kreise
die Frau sieht ihn an
der Geier kommt herunter
und sieht sie nicht
es ist die Virgen del Carmen
wiederholt die Frau
der Geier fliegt
vor ihnen
mit seiner Last an Raketen
und die Kinder sehen ihn an
und lächeln
er fliegt zwei Runden
drei Runden
und beginnt zu steigen
die Jungfrau hat mich gerettet
schreit die Frau und
bedeckt ihre Wunde
mit noch mehr Blättern
sie ist durchsichtig geworden
ihr Körper bleicht sich
der Erde an
und den Blättern
er ist die Erde
ist das Wasser
ist der Planet
die Mutter Erde
feucht
schau auf die Geier
die auf das Festmahl warten.
"Ich war lange Zeit
im Strom des Flusses"
erklärt die Frau
"ein fünfjähriges Kind
bat mich, herauszukommen
Als die Armee kam
und die Barbarei veranstaltete
versuchten wir zu fliehen.
Es war der 14. Mai
als wir zu laufen anfingen.
Sie töteten mir drei Kinder
auf der Flucht
meinen Mann
nahmen sie gefesselt mit."

Um sie weint die Frau
weint schweigend
mit ihrem kleinen Kind
in den Armen
"Als die Soldaten kamen
stellte ich mich tot
ich hatte Angst, daß mein Kind
anfinge zu weinen
und sie es mir töteten."
Sie tröstet flüsternd
ihr Kind
sie wiegt es mit ihrem Weinen
sie reißt Blätter von einem Baum
und sie sagt ihm:
schau auf die Sonne
durch dieses Blatt
und das Kind lächelt
und sie bedeckt ihr Gesicht
mit Blättern
damit es nicht weint
damit es die Welt
durch die Blätter sieht
und nicht weint
während die Guardias vorbeigehen
und suchen
Sie fiel verwundet zu Boden
Zärtlichkeit ausströmend
schau, dieser tiefe Riß
der sich ihr öffnet
die Wunde blutet
der Vulan spuckt Lava
eine wütende Lac
gemischt mit Blut
sie ist zu Lava geworden
unsere Geschichte
hat sich in weißglühendes Volk
verwandelt
das der Erde gleich wird
in unsichtbare Guerilleros
die in Wasserfällen hinabsteigen
durchsichtig
die Guardias sehen sie nicht
auch sehen die Piloten sie nicht
die die Toten zählen
auch nicht der Yankee-Stratege
der auf seine Geier vertraut
mit Artillerie bestückt
nicht die fünf Kadaver
mit geschwärzten Brillen
die regieren.

Sie sind blind für die Lava
für das weißglühende Volk
für die maskierten Guerilleros
für greise Wachtposten
und Botenkinder
Verantwortliche für Schutzlöcher
Priester als Fahrer
illegale Kinder
schmutziger Bettler
die auf den Stufen sitzen
zur Kirche
und die Guardia bewachen.
Die Frau vom Sumpul
ist dort mit ihren Kindern
eins schläft in ihren Armen
und das andere geht.
Erzählen Sie mir,
was Sie gesehen haben
sagt ihr der Reporter.
"Ich war lange Zeit
im Strom des Flusses."





'Der Schlachter-Laden'

Fleisch aus kontrol. biolog. Aufzucht
Wurstwaren o. Nitrit- u. Phosphatzusatz

Juliusstraße 2a - 2000 Hamburg 50
Tel. 040/439 94 04

Öffnungszeiten: Mittagspause von 12–15 Uhr
Di-Fr: 9-18 Uhr - Sa: 9-13 Uhr - Montag Ruhetag





Hamburger SATZ und Verlags-Kooperative

Wir machen alles zwischen Manuskript und Druckvorlage
außerdem
Belichtung von Computertexten
Lindenallee 4
2000 Hamburg 20
Tel.: 43 53 46 / 43 53 20







Farben Kasper

NATUR FARBEN
DI.-FR. 11-18 - SA. 10-14
IHR FINDET UNS IM HINTERHOF
TEL. 4 39 16 01







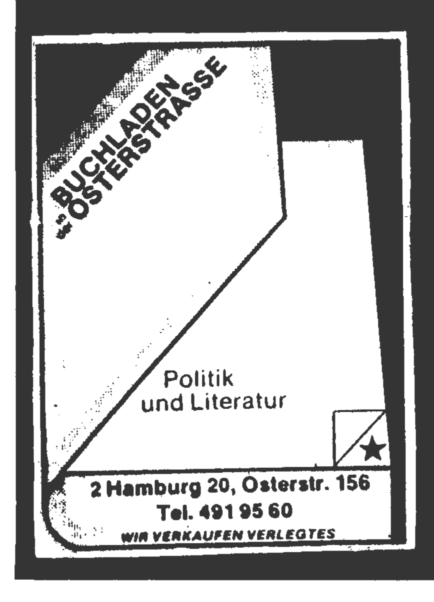
Schanzenstraße 5 Tel. 43 54 74

Wir haben Bücher und Informationen über die Türkei, Emigranten in der BRD, Literatur von türkischen Autorinnen und Autoren.
AYRICA TURKÇE KITAPLAR

YOL KİTABEVİ













Chico Mendes:
Die Arbeiterbewegung Amazoniens kämpft gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen, des Regenwaldes
9./10.1. - jeweils 17 Uhr - 97,1 MHz

Achtet auf weitere Ankündigungen !

radio st.pauli - Festival

Mi., 17.1.90

FABRIK - Sylvia Juncosa & Band
Geisterfahrer
Erosion
Mother Fist and her fine sons
18.00 Einlaß
18.30 Beginn pünktlich
11.- Vorverkauf 12.-/10.- Abendkasse

Termine Radio St.Pauli auf Sendung 16.1.1990

17 Uhr Frauenredaktion
Zu Ingrid Strobl:
Sag nie Du gehst den letzten Weg
(Das neue Buch von Ingrid Strobl)

18.45 Uhr Musikredaktion
Zum Festival von Radio St.Pauli am 17.1. in der Fabrik

Seit Juni 89 gibt es im Cafe Döse einen Frauentag. Veranstaltet wird diese Frauencafe von uns, einer Gruppe von ca. 12 Frauen. Wir verstehen uns dabei nicht nur als Frauencafe-Gruppe, sondern arbeiten auch an generellen und aktuellen Frauenthemen. Mit der Einführung des Frauencafes im Döse wollten und wollen wir ein Forum, eine Anlaufstelle und eine Infobörse für Frauenaktionen und Frauenprobleme schaffen.
Der Frauentag soll Raum geben für Ausstellungen, Diskussionen Info-Weitergabe, Klönen.....

Cafe Döse - Frauencafe
Bartelsstr. 10
Jeden Mittwoch von 14 - 20 Uhr

Video Macht dumm !
dienstags, 19.30 - Libertäres Zentrum, Lagerstr.27
9.1. Die verlorene Ehre der Katharina Blum
16.1. Friede den Hütten! Krieg den Palästen!
23.1. Malevil
30.1. Sinn des Lebens

FLORA-TERMINE:

- jeden Tag Cafe von 14h - 22h (mind)
- Frauenfrühstück jeden Sa. 11h - 15h
- Flora-Plenum jeden Do. 20h - ?
- Konzerte, Ausstelungen, Theater etc. siehe wöchentliches Programm